FREITAG, 4. JUNI 2010 NR. 22 52. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten.
Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

Spezialthema «Eurokrise» im Leitartikel und auf Seite 5 und 6

«EUROKRISE»

Das Euro-Debakel trifft auch die Schweiz – Pleitegeier kreisen über dem Abgrund

Führt die Schuldenkrise vom potenziellen Staatsbankrott zum Unionsbankrott? Das ist die Frage, die man sich angesichts des Schuldendesasters im Euroraum stellen kann. Es war schon immer offensichtlich, dass die Kulturen und Mentalitäten in den «Vaterländern» von Europa ganz verschieden sind; als Folge davon wird die Politik in diesen Ländern ganz unterschiedlich geprägt. Die USA dienten als Vision, weil man in der EU blind war für die gegensätzlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen. Daher war es von allem Anfang an abzusehen, dass sich Spannungen aufbauen können: Durch Veränderungen der Wechselkurse der europäischen Währungen und die Unabhängigkeit der Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik in diesen Ländern bot sich die Möglichkeit, diese Spannungen in kleinen Erdbeben abzubauen. Durch die Schaffung einer Einheitswährung, die den einzelnen Ländern die Autonomie in der Geldpolitik entzieht, wurde diese Möglichkeit des sukzessiven und «sanften» Spannungsabbaus verbaut. Die Folge ist, dass sich Spannungen aufbauen, bis es zum «Big Bang», dem grossen Beben kommt. Glücklicherweise ist die Schweiz nicht mitgegangen im Euroraum – doch mitgehangen gilt alleweil: Auch wirtschaftspolitisch werden wir belastet durch das Versagen der Machthaber in den EU-Institutionen.

B. IM OBERDORF
GEMEINDEERAT SVP
ZÜRICH 12

Es ist ein verhängnisvoller Fehler, wenn die Europäer meinen, zur Stärkung ihrer Wettbewerbssituation einfach das zu imitieren, was in den USA gemacht wird, statt kreativ nach eigenen Lösungen zu suchen. Diese Einschätzung ist nicht neu, konnten wir sie doch schon vor längerer Zeit in Davos am «World Economic Forum» nicht überhören. Und dieser Befund leuchtet denn auch ein: Wenn die Rahmenbedingungen in unterschiedlichen Wirtschaftsräumen verschieden sind, dann muss auch die Politik diesen unterschiedlichen Situationen angepasst werden; das ist die simple aber einleuchtende Doktrin des situativen Führungsstils.

> **Es war eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis es zum Desaster kommen würde.**

Blindheit für unvereinbare Gegensätze …

Und genau hier war man in der «Europäischen Union» blind für die völlig unterschiedlichen Bedingungen auf den beiden Kontinenten. Während sich die Länder Europas – als traditionell in der Geschichte unabhängig voneinander gewachsene «Vaterländer» – durch grosse Unterschiede in den Gesellschaftskulturen profilieren, so sind die Vereinigten Staaten von Amerika eigentlich eine junge Nation, die man auch im Vergleich zu Europa als künstlich entstandenes Gebilde betrachten kann, das erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch Annexionen und Aufkäufe entstanden ist. Wohl gab es unterschiedliche Einflüsse – britische, spanische und französische – doch sind diese schon frühzeitig in der raschen Integration im Zuge der Besiedlung und der Indianerfeldzüge sowie des Bürgerkrieges aufgegangen, die erst vor rund 150 Jahren zum heutigen Bundesstaat führten.

So kam es in der Blindheit für die unterschiedlichen Bedingungen in Europa zum ehrgeizigen Projekt, die «Europäische Wirtschaftsgemeinschaft» zur «Europäischen Union» weiter zu entwickeln. Dahinter stand, nicht zuletzt auch unter dem Einfluss von Jacques Delors, die Vision der «Vereinigten Staaten von Europa». Vor diesem Hintergrund wurde denn auch der «Vertrag von Maastricht» entwickelt, der schliesslich die Grundlage zur Schaffung des «Euro» bildete – ein Vertrag, der leicht hätte scheitern können, hatte er bei einem Referendum in Frankreich nur eine Zufallsmehrheit von 51 Prozent erreicht und er wurde in Dänemark erst im zweiten Anlauf gebilligt, nachdem man den Dänen die Möglichkeit bot, den «Euro» nicht zu übernehmen: Wären in allen Ländern unabhängig voneinander Referenden abgehalten worden und hätte man den Entscheid der Ratifizierung nicht den Parlamenten überlassen, so wäre der Abbruch der Übung so gut wie sicher gewesen.

… und für Prestigeprojekte

Doch wie es Prestigeprojekte an sich haben, erkannte man in Brüssel diese Warnzeichen nicht und ignorierte auch die simple Tatsache, dass in Europa die Bedingungen ganz anders sind als in den USA – und setzte an zum Sprung in eine Gemeinschaftswährung: Der «Euro» als Pendant zum «Dollar», gewissermassen als Rest der ambitionierten wenn nicht gar blindwütigen Vision der Vereinigten Staaten von Europa wurde geschaffen: Es war eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis es zum Desaster kommen würde.

Natürlich herrschte in Brüssel der Ehrgeiz, dass der «Euro» eine starke Währung werden sollte. So wurden die «Stabilitätskriterien» geschaffen, deren Einhaltung darüber entscheiden sollte, welche Länder der «Eurozone» beitreten dürfen: die Bedingungen für den Beitritt waren somit, dass die Neuverschuldung pro Jahr drei Prozent des Bruttoinlandproduktes also des «BIP» nicht überschreitet, die Gesamtschuldenlast sechzig Prozent des «BIP» nicht übertrifft und die Inflation nicht über einem Prozent liegen darf.

Der blinde Ehrgeiz, möglichst viele Länder unter dem Deckel des Prestigeprojektes versammeln zu können, führte bald einmal – EU-typisch – zu einer Aufweichung der Beitrittskriterien. Fortan war von den bald einmal im Sprachgebrauch üblich gewordenen «Konvergenzkriterien» die Rede; denn es sollte für den Beitritt genügen, dass sich die Werte «in die richtige Richtung», also auf die genannten Schlüsselzahlen hin bewegen. Bedingung war vernünftigerweise auch, dass die Beitrittskandidaten über eine längere Zeit hinweg in der vormaligen «Währungsschlange» mit den anderen nationalen Währungen verbunden sind, ohne dass es dabei zu grösseren Auf- und Abwertungen kommt. Doch damit waren natürlich die Dämme gegenüber einer Beitrittsflut gebrochen – was wohl auch die Absicht war, denn das Manövrieren in der Schlange war kein Kunststück.

> **«… schliesslich hielten auch grosse Länder wie Deutschland und Frankreich die Kriterien, die sie einst forderten, selber nicht mehr ein.»**

Tolerierte Schummelei und Aufweichung

Verheerend war dies deshalb, weil die Verantwortlichen in Brüssel sehr wohl wussten, dass es Länder gab, die sich einer «kreativen Buchführung» befleissigten: Dies heisst nichts anderes, als dass man die Zahlen der nationalen Buchhaltung solange «veredelt», bis die Kriterien erfüllt werden – oder der Weg dahin in Erscheinung tritt. Wie jeder Buchhalter weiss, ist das gar nicht so schwierig. Hinter vorgehaltener Hand wurde darüber berichtet, dass vor allem die Italiener hier Meister dieses Handwerks waren – von den Griechen war dereinst nicht die Rede.

Bemühend war in der Folge das Bemühen von Brüssel, Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Daher wurde der Begriff der «Defizitsünder» geprägt: Wer nach dem Beitritt zur «Eurozone» die Kriterien nicht mehr erfüllt, soll – nach einer gewissen Karenzfrist – zur Kasse gebeten werden und eine empfindliche Busse bezahlen, es sei denn, ausserordentliche wirtschaftliche Schwierigkeiten machen überzogenen Defizite notwendig. Solche Drohgebärden sollten zur Disziplin anhalten, doch sie waren zu hilflos, um Wirkung zu entfalten; geradezu naiv wäre es zu glauben, das ein Land, das zu hohe Defizite macht, dann auch noch in der Lage wäre, eine hohe Busse zu bezahlen, würde dies doch seine Situation nicht bessern, sondern geradezu verschlimmern.

So war schliesslich nur noch davon die Rede, dass Länder unter Beobachtung gestellt würden, Sanktionen gab es nie, denn schliesslich hielten auch grosse Länder wie Deutschland und Frankreich die Kriterien, die sie einst forderten, selber nicht mehr ein. Zahlen zeigen, dass fast alle – nicht nur bei der Neuüberschuldung, sondern auch bei der Schuldenlast – über den Verhältnissen leben, die sie selber verordnet hatten. So wurde die Ausnahmesituation zum Normalfall und ganz situativ wurden die vermeintlichen Todsünden zum lässlichen Fehler – denn die Grossen gaben den Tarif durch: Sie waren zu einflussreich, um bestraft zu werden, kleineren Ländern wäre wohl der Sonderstatus nicht zugestanden worden. Und als dann die Finanzkrise kam, war ohnehin alles anders, das Stabilitätsprogramm wurde zur Makulatur.

Kluge hielten sich fern vom Euro-Clan

Immerhin waren auch nicht alle Mitgliedsländer der EU – welche die Kriterien erfüllt hätten, im «Euroraum» eingebunden: England war schon von Anfang an nicht mit dabei, die Dänen hielten nach der Zustimmung zu Maastricht noch ein eigenes Referendum ab über den Beitritt zum «Euro»: Entgegen allen Pressionen der Regierung blieb es beim Nein.

Fortsetzung auf Seite 5

Arbeitskräfte für Landwirtschaft und Gewerbe

Arbeitskräfte gesucht:
Als Betriebshelfer
als Temporärarbeitskräfte tage-, wochen- oder monatsweise für Bau-, Gartenbau, Industrie und Gewerbe

Arbeitskräfte im Angebot:
Betriebshelfer / Gärtner / Bauarbeiter
motivierte arbeitskräfte

Maschinenring
Maschinenring Zürich, 8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-jobs.ch

Praxis für Zahnprothetik

R. Hertach
(dipl. Zahnprothetiker)
Leimbachstrasse 119, 8041 Zürich
Bei der Migros / Nähe Bushaltestelle

Tel. 044 481 82 18
www.pro-dent.ch

Total-,Teil- und Implantatprothesen, Unterfütterungen, Reparaturen

1. Beratung kostenlos, AHV

Aus ALT mach NEU!

038.219442

Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.
Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!
Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung
wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

MECACRYL

PLEXIGLAS aus Pfäffikon ZH

für Industrie, Gewerbe und Privat

- Top-Zuschnittservice
- Plexiglas-Handwerk
- Thermoverformung

MECACRYL GmbH
H. Hablützel und P. Haller
Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

Willkommen im «Club»

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Neben der Wahl von Roger de Weck bereitete SF den Linken einen weiteren Genuss: die Jubiläumssendung des «Clubs». Ungewöhnliche Gäste gaben die Kulisse fürs gewöhnliche Publikum. Etwa der Grosseuropäer Adolf Muschg. Oder der Grossphilosoph Georg Kohler. Die Glitzertheologen Katharina Hoby und Roland Trauffer. Der Swiss-Höhenflieger André Dosé, heute beim Bodenpersonal der Baselland Transport AG tätig. Der Katastrophen-Helfer Toni Frisch, vereint mit Susanne Leutenegger Oberholzer, Christine Goll und Daniel Vischer.

«Der ‹Zischtigsclub› war wohl eine Spätfolge der 68er-Bewegung», so der ehemalige Gesprächsleiter Ueli Heiniger. Darum moderierte er neben dem «Club» so gerne SP-Anlässe («Sollen wir uns duzen oder siezen, Moritz Leuenberger?»). Heute ist Heiniger Mitglied des Club Helvétique und will falsche Volksentscheide verbieten. Dasselbe fordert der frühere «Club»-Moderator Jörg Kachelmann, derzeit leider unabkömmlich. Er teilt als Kämpfer gegen alles Gruusige Heinigers Meinung zur direkten Demokratie: «Gruusige Stammtischbünzlis sollen nie mehr beurteilen dürfen, wer eingebürgert wird und wer nicht.» (Sonntagszeitung)

Georg Kreis durfte noch einmal erklären, warum die SVP in den dreissiger Jahren mit einer Initiative gegen die «Verjudung der Schweiz» eine Volksmehrheit gewonnen hätte. Dies sein Urteil über unsere Vorfahren, die in schwerster Gefahr an den Menschenrechten festhielten. Ziemlich widerwärtig, zumal der Vater von Kreis als zugewanderter Deutscher von den angeblich so bösen Schweizern problemlos integriert wurde. Kreis wörtlich: «Ich sagte etwas, das völlig selbstverständlich ist in Historikerkreisen.» Damit beleidigte der Ex-Professor neben der Aktivdienstgeneration und der SVP auch noch alle Historiker.

Schliesslich erzählte Ueli Heiniger, der «Club» habe früher weniger «Politikertypen» eingeladen, «auch wenn es hier jetzt einige hat, sympathische und weniger sympathische». Exakt auf das Stichwort «weniger sympathische» erfasste die Kamera in Grossaufnahme SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, einen der ernsthaftesten, bestdokumentierten Politiker unseres Landes, der mit der Minarett-Initiative breiteste Sympathie genoss. Eine Beschwerde gegen diese Perfidie ist zwecklos. SF-Ombudsmann Achille Casanova sagte im «Club»: «Alle Beanstandungen konnten abgelehnt werden.»

SESSIONSBERICHT 1. WOCHE

Umstrittene Gegenvorschläge zu den Klima-, Offroader- und Ausschaffungsinitiativen

Die Session begann mit einer achtstündigen, teilweise hitzig geführten Debatte über die Revision des CO_2-Gesetzes, den indirekten Gegenvorschlag zur Klima- und Offroaderinitiative. Eine weitere grosse Diskussion entspann sich bei der Ausschaffungsinitiative der SVP. Die SP und Grünen wollten mit einer Ungültigkeitserklärung einen Abstimmungskampf verhindern.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Als indirekten Gegenvorschlag zur Klima- und der Offroaderinitiative schlug der Bundesrat eine Totalrevision des CO_2-Gesetzes vor. Die Klimainitiative der Umweltverbände will die CO_2-Emissionen bis ins Jahr 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Der Nationalrat folgte dem Bundesrat und beschloss bereits in der Frühjahrssession die Klimainitiative dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen. Der nun zur Diskussion stehende Gegenvorschlag geht mit einer Vielzahl von neuen, zusätzlichen Regulierungen aber noch wesentlich weiter als die Initiative. Zwar schlug der Bundesrat eine Reduktion der CO_2-Emissionen um «nur» 20 Prozent vor. Dies mit Blick auf ähnliche Zielsetzungen in der EU. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission, der UREK, forderte jedoch, dass diese 20 Prozent alleine durch eine Kompensation im Inland zu reduzieren seien. Der Rat folgte diesem Antrag knapp. Dies führt zu wesentlich grösseren Anforderungen und damit zu höheren Kosten für die Wirtschaft. Gleichzeitig erhielt der Bundesrat die Kompetenz, das Reduktionsziel auf 40 Prozent zu erhöhen, falls entsprechende internationale Vereinbarungen zustande kommen. Sodann hielt der Rat an der CO_2-Abgabe fest. Sie kann sogar bis auf 120 Franken pro Tonne CO_2 erhöht werden. Dadurch würde sich der Heizölpreis um ungefähr 30 Rappen pro Liter Heizöl verteuern.

Gegensteuer bei Treibstoffzuschlägen

Im Weiteren wurden im Zusammenhang mit der Offroaderinitiative technische Massnahmen zur Verminderung der CO_2-Emissionen im Fahrzeugbereich in die Totalrevision eingebaut. Hier wollte der Bundesrat eine Senkung des CO_2-Ausstoses auf 130 g CO_2/km und eine neue CO_2-Abgabe auf den Treibstoff. Damit würden die Benzin- und Dieselpreise massiv teurer. Die Ratsmehrheit folgte in diesem Bereich dem Bundesrat jedoch nicht. Die CVP, welche sonst fast immer brav mit der Linken und den Grünen stimmte, bekam offensichtlich Angst vor den eigenen Wählern. So wurde der Treibstoffzuschlag abgelehnt und die Senkung des CO_2-Ausstosses bei den Fahrzeugen auf 150 g statt 130 g CO_2/km festgelegt.

Gescheiterter Nichteintretensantrag

Die SVP und FDP sprachen sich gegen ein Eintreten auf diese Vorlage aus. Sie geht wesentlich weiter als die bestehenden internationalen Vereinbarungen. Bekanntlich kam an der Klimakonferenz in Kopenhagen keine Nachfolgeregelung zum Kyoto-Protokoll zustande. Sodann wird in der EU, welche offiziell ebenfalls ein Reduktionsziel von 20 Prozent anvisiert, nicht einmal das bisherige, geltende Kyoto-Protokoll eingehalten. Die Schweiz ist jedoch lediglich für 0,15 Prozent des weltweiten CO_2-Ausstosses verantwortlich. Deshalb können auch einschneidende Massnahmen in der Schweiz das globale CO_2-Problem nicht alleine lösen. Die Umsetzung der Forderungen in der vorliegenden CO_2-Gesetzesrevision würde aber zu unnötig höheren Kosten und auch zu Wettbewerbsverzerrungen führen.

Der Antrag auf Nichteintreten scheiterte jedoch an der FDP. Obwohl sich die Fraktion vorgängig gegen ein Eintreten aussprach, stimmten zahlreiche FDP-Nationalräte, und auch die grosse Mehrheit der CVP, mit der Ratslinken. Einmal mehr hatten unsere bürgerlichen Partner nicht die Kraft, mit uns ein unnötiges, teures Gesetz zu verhindern.

Linke für Ungültigkeitserklärung der Ausschaffungsinitiative

Am Mittwoch debattierte der Nationalrat über die Ausschaffungsinitiative der SVP und den direkten Gegenvorschlag. Auch diese Vorlage bewegte die Gemüter in hohem Mass. An der Diskussion beteiligten sich fast 50 Rednerinnen und Redner. Die Ausschaffungsinitiative der SVP will erreichen, dass Ausländerinnen und Ausländer, die wegen bestimmter Straftaten verurteilt wurden oder die missbräuchliche Leistungen der Sozialversicherungen oder Sozialhilfe bezogen haben, alle Aufenthaltsansprüche verlieren und ausgewiesen werden.

Dass unsere Initiative wichtig ist, kam auch im Votum unserer Fraktionskollegin Natalie Rickli zum Ausdruck, welche u.a. ausführte: «Fast die Hälfte der Gesetzesverstösse betrifft Ausländer. Bei schweren Delikten gegen Leib und Leben beträgt die Ausländerquote oft über 50 Prozent. Bei Vergewaltigungen liegt der Ausländeranteil bspw. bei 62 Prozent. Von den Insassen in unseren Gefängnissen hatten 2009 über 70 Prozent eine ausländische Staatsbürgerschaft.»

Wie in letzter Zeit üblich, diskutierte der Rat zuerst ausführlich über die Gültigkeit der Volksinitiative. Der Bundesrat empfahl die Volksinitiative zwar zur Ablehnung, stellte jedoch fest, dass die Initiative nicht gegen zwingendes Völkerrecht verstosse und als gültig erklärt werden muss. Trotzdem stellten die SP und die Grünen den Antrag auf Ungültigkeitserklärung. Anstatt über ein bestehendes Problem zu debattieren, wollten sie die Diskussion und damit einen Abstimmungskampf verhindern. Offensichtlich fürchteten sie sich nach der Minarettinitiative vor einer weiteren Niederlage vor dem Volk.

Untauglicher Gegenvorschlag

Der Ständerat formulierte einen direkten Gegenvorschlag zur Volkinitiative. Aus unserer Sicht ist dieser aber untauglich. Insbesondere die Berufung auf Prinzipen des Völkerrechts und die Grundrechte wird den Umsetzungsbehörden und Gerichten derart viel Spielraum gewähren, dass Ausschaffungen trotz Erfüllens der Tatbestände im Einzelfall regelmässig verhindert werden können. Hans Fehr plädierte vehement für die Ausschaffungsinitiative und prangerte die Links- und Mitteparteien an, sie wollten mit dem untauglichen Gegenentwurf lediglich die SVP «aushebeln». Die Integration habe im Übrigen nichts verloren in einer Ausschaffungsvorlage, weil sie bei einer Ausschaffung ja bereits gescheitert sei.

Der Nationalrat beschloss schlussendlich mit 118:69 die Volksinitiative als gültig zu erklären. Weniger eindeutig, mit 97:84 Stimmen, stimmte der Rat dem Antrag auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages zu.

Es lebe der Kapitalismus!

zac. Der Kapitalismus soll tot sein? Mumpitz! Niemand käme auf die Idee, die Gravitation wegen Versagens für tot zu erklären, weil hin und wieder ein Flugzeug abstürzt. Wenn Banken oder Staaten pleite gehen, ist das nicht die Schuld des Kapitalismus, sondern jene der betreffenden Banken und Staaten. Es zeichnet den Kapitalismus sogar aus, dass er Fehlleistungen aufzeigt und schonungslos bestraft – wenn auch manchmal mit grosser Verzögerung. Kapitalismus ist ein Zustand. Wie das Wetter. Man mag sich darüber freuen oder ärgern. Es bringt nichts, dagegen zu sein. Man hat sich damit abzufinden. Er entspricht der Natur des Menschen.

Nichts in der Geschichte der Menschheit war desaströser und kostete mehr Menschenleben als der Versuch, den Kapitalismus zu überwinden. Diese Tatsache hindert unsere hiesigen Genossinnen und Genossen allerdings nicht daran, auch in ihrem neusten Parteiprogramm genau das zu fordern. Immerhin erklärten sie das Anliegen mittlerweile nur noch zu einem «Fernziel». Denn auch sie wissen, dass der Sozialstaat bereits nach kurzer Zeit die Bilanz deponieren müsste, sollten sie ihr «Fernziel» erreichen. Selbst wenn es wahr sein sollte, dass der Kapitalismus am Abgrund steht. So ist immerhin festzuhalten, dass der Sozialismus in dieser Hinsicht ein Schritt weiter ist. Schauen Sie nur auf die aktuelle Schuldenkrise in Europa: Schulden sind nicht Ausdruck eines überbordenden Kapitalismus, sondern das was vom Sozialismus zurückbleibt. Je sozialistischer ein Land über Jahrzehnte hinweg – egal von welcher Partei – geführt wurde, umso schlechter steht es heute da. Allen voran Griechenland, dessen Politiker es als ihre wichtigste Aufgabe betrachteten, das stetig wachsende Heer der Beamten zu hätscheln. Nichts, von dem was der VPOD hierzulande bloss fordert, blieb dort unerfüllt.

Worin soll das angebliche Versagen des Kapitalismus denn eigentlich bestehen? Haben heute nicht mehr Menschen als je zuvor in der Geschichte Zugang zu Nahrung und Bildung? Hat die Menschheit im Kampf gegen Krankheiten und Armut etwa nicht gewaltige Fortschritte gemacht? Woher kommt also dieser Ruf nach mehr Reglementierung und staatlicher Kontrolle über unser Leben? Gerechtfertigt ist dieses Vertrauen in den Staat jedenfalls nicht. Wären Moritz Leuenberger und seine Beamten seinerzeit ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollaufgabe nachgekommen, hätten wir heute noch eine Swissair. Auch gab es schon lange vor der, durch eine verfehlte staatliche Wohneigentumsförderungs- und Bodenpolitik verursachten, Subprime-Krise eine staatliche Bankenaufsicht. Dass diese komplett versagt hat, steht ausser Frage. Oder wie steht es um die – angeblich bessere weil staatliche – Aufsicht über die Ölbohrungen vor der US-Küste? Die Kontrollen liefen nicht nur wie geschmiert, die behördlichen Kontrolleure waren tatsächlich geschmiert. Jede Vorschrift zu mehr staatlicher Kontrolle birgt in sich den Samen der Korruption. Gewonnen ist so nichts.

Die Vorteile des Kapitalismus überwiegen seine Nachteile bei weitem. Wenn etwas der Menschheit Fortschritt und Wohlstand gebracht hat, dann ist das der Schutz des privaten Eigentums – durch den Staat. Das ist die Basis des Kapitalismus: Das Recht, sein Vermögen zu mehren, und sein Eigentum gegen Dritte zu verteidigen, ist Grundlage jeglichen wirtschaftlichen Fortschritts. Doch zu diesem Recht gehört die Pflicht, Verantwortung zu tragen. Denn nur wer weiss, dass er zur Verantwortung gezogen werden kann und wird, handelt verantwortlich. Und genau hier liegt das Problem, mit dem wir gegenwärtig zu kämpfen haben. Warum hätten sich die UBS-Banker verantwortungsbewusst verhalten sollen? Sie wussten, dass sie zu gross sind, um fallengelassen zu werden, wie es – den Regeln des Kapitalismus folgend – eigentlich richtig gewesen wäre. Sie wussten: Geht's gut, gibt's Boni. Geht's schlecht, gibt's die Eidgenossenschaft – und die Boni. Zumindest in dieser Hinsicht war ihre Lagebeurteilung absolut richtig. Warum soll ein staatlicher Kontrolleur seiner Aufsichtspflicht gewissenhaft nachkommen, wenn er weiss, dass die Qualität seiner Arbeit keinen Einfluss auf sein Gehalt hat? Warum sollen Beamte besonders gewissenhafte Menschen sein, nachdem man sie mit Aufhebung der persönlichen Beamtenhaftpflicht bewusst aus der Verantwortung entlassen hat? Wenn Verantwortung nicht wahrgenommen werden muss, kann Kapitalismus nicht funktionieren. Ergo müssen Entscheidungskompetenz und Haftung bzw. Verantwortung wieder zusammengeführt werden. Das ist alles, was es braucht für den Beweis, dass Totgesagte länger leben.

Erschienen in der Berner Zeitung vom 29. Mai 2010.

ZITAT DER WOCHE

KATHY RIKLIN
NATIONALRÄTIN CVP
ZÜRICH

«Sie hat nicht begriffen, dass sie mit ihrer gewerbefreundlichen Politik quer in der Landschaft liegt.»

Interview im «Tages-Anzeiger» vom 1. Juni 2010 zum Parteiübertritt von Kantonsrätin Susanne Brunner (neu SVP).

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Sozialhilfegesetz im Fokus

Diese Woche befasste sich der Kantonsrat neben einigen Wahlgeschäften ausschliesslich mit der ersten Lesung des Sozialhilfegesetzes. Im Fokus standen Änderungsanträge betreffend Hilfe für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen, Informationsaustausch zwischen den Behörden, Meldungen von Missbrauchsfällen und Auszahlungsmodalitäten.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Im Bereich der Sozialhilfe bestehen Unklarheiten bezüglich des zulässigen Informationsaustausches zwischen den verschiedenen involvierten Amtsstellen und Behörden, aber auch bezüglich der Auskunftspflicht von Dritten. Im Rahmen einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes sollen klare gesetzliche Grundlagen für den Informationsaustausch geschaffen werden, dies insbesondere auch im Hinblick auf die Verhinderung von missbräuchlichen Sozialhilfebezügen. Das neue Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und die Teilrevision des Asylgesetzes haben im Bereich der vorläufig aufgenommenen Personen in einigen Kantonen zu einem Systemwechsel geführt. Die Regierung ist darum der Meinung, dass es notwendig sei, die Sozialhilfe für vorläufig aufgenommene Personen neu zu regeln und diese Personengruppe der ordentlichen Unterstützung gemäss Sozialhilfegesetz zu unterstellen. **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) betonte in der Eintretensdebatte, dass bei der letzten Revision des Sozialhilfegesetzes Sanktionen eingeführt wurden. Dies sei der SVP zu verdanken. Allerdings zeigte sich, dass die übertriebenen Forderungen im Bereich Datenschutz immer noch Missbräuche zulassen. Es müsse nun eine klare und saubere Grundlage geschaffen werden, mit welcher die Sozialämter arbeiten können. Jedoch mache die vorgeschlagene Änderung im Bereich Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen unseren Kanton unnötig attraktiv. Das müsse verhindert werden, wenn kein neues Einfallstor für Ausländer, die aus wirtschaftlichen Gründen in die Schweiz kommen, geschaffen werden wolle. **Barbara Steinemann** (SVP, Regensdorf) betonte, dass die Revision mitunter auf einer parlamentarischen Initiative (PI) von Alfred Heer, Claudio Schmid und Barbara Steinemann aus dem Jahr 2007 beruhe. Die vorberatende Kommission habe eines der Kernanliegen der PI vollumfänglich integriert, nämlich die Pflicht diverser Amtsstellen zur Einholung und Weiterleitung von Daten. Der regierungsrätliche Entwurf ging noch von der eher naiven Ansicht aus, dass die Sozialhilfebehörden von sich aus gegen Missbrauch tätig würden. **Claudio Schmid** (SVP, Bülach) betonte, dass ein Sozialhilfegesetz schlank, unbürokratisch und einfach sein müsse. Nach vielen Vorstössen und nach Ablauf von fast fünf Jahren werde nun die Gesetzesvorlage präsentiert. Es habe lange gedauert, sei aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Nothilfe vs. Sozialhilfe

Willy Haderer stellte den Minderheitsantrag, dass Personen, die in der Schweiz nur vorläufig aufgenommen würden, weiterhin Nothilfe und keine Sozialhilfe beziehen dürfen. Es könne nicht sein, dass Einwanderer, die auf illegalem Weg in die Schweiz gekommen seien, besser gestellt würden als in ihrer Heimat. Dies würde einem offenen Eintrittstor in die Schweiz gleichkommen und die Sozialkassen sprengen. Der zuständige Regierungsrat Hans Hollenstein (CVP) betonte, dass die Personengruppe der vorläufig Aufgenommenen die Schweiz verlassen müssten. Dies sei aber aufgrund der Situation in den Herkunftsländern nicht immer möglich. Von den betroffenen Personen würden 50 Prozent arbeiten. Dies sei klar zu wenig. Die anderen 50 Prozent müssten zur Arbeit gezwungen werden. Der Antrag wurde mit 102 zu 67 Stimmen abgelehnt.

Auszahlungsmodalitäten

Claudio Schmid stellte den Antrag, dass Sozialgelder nur in Form von Bargeld ausbezahlt werden sollen. Heute werde das Geld ohne gesetzliche Grundlage auf Bank- und Postkonten überwiesen. Fürsorgeempfänger sollen sich laufend aktiv um ihre Unterstützung kümmern. Dieses Vorgehen sei zumutbar. Der Antrag wurde abgelehnt.

Auskunft

Die Ratslinke stellte den Antrag, dass Informationen über den Sozialhilfeempfänger nur in Ausnahmefällen und mit deren Einwilligung einzuholen seien. **Willy Haderer** betonte, dass gehandelt werden müsse, wenn Zweifel an den Angaben festgestellt würden. In diesen Fällen dürfe kein unverhältnismässiger Datenschutz zur Anwendung gelangen. Der Antrag wurde mit 114 zu 55 Stimmen deutlich abgelehnt.

Informationen

Mit einem weiteren Antrag wollte die Ratslinke verhindern, dass die Behörden bei Arbeitgebern, Mitbewohnern und Partnern der Unterstützungspflichtigen Informationen über dessen finanzielle Situation einholen dürfen. Die Grüne betonte, dass die Sozialbehörde sich auf die Kernanliegen konzentrieren solle. **Willy Haderer** betonte, dass nur der Arbeitgeber Auskunft geben könne, wenn ein Einkommen verschwiegen werde. Es gehe um die Redlichkeit. Wenn diese nicht gewährleistet sei, müsse man nachfragen. Regierungsrat Hans Hollenstein betonte, dass die Beziehung zwischen Sozialhilfeempfänger und Sozialbehörde auf Kooperation beruhe. Die Behörde dürfe aber nicht blauäugig sein. Der Antrag wurde deutlich mit 111 zu 56 Stimmen abgelehnt.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… die erste Lesung des Sozialhilfegesetzes vorgenommen. 😐

31. Mai 2010

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Sozialhilfe ja! – aber korrekt!

WILLY HADERER
KANTONSRAT SVP
UNTERENGSTRINGEN

Jahrelang musste die SVP dafür kämpfen, dass in der Sozialhilfe gegen Missstände vorgegangen werden konnte. Zum Höhepunkt kam es mit dem Rücktritt der Zürcher Stadträtin Monika Stocker, als auch andere bürgerliche Parteien endlich einsahen, dass eine weitverbreitete Missbrauchspraxis allzulange vielen gutgläubigen und hilflosen Sozialhilfestrukturen gegenüberstanden. Mit der damaligen Einführung von Sanktionsmöglichkeiten bei Betrug und Erschleichung von Sozialleistungen wurden endlich die Weichen auf Kontrolle und Überwachung (Sozialdedektive) gestellt. Allerdings zeigte es sich schon bald, dass dies trotz zwingender Vorschriften zum Einschreiten nicht genügte. Grund dafür ist die übertriebene Datenschutz- und Persönlichkeitsschutz-Praxis unserer Verwaltungen. Die Hysterie des Datenschutzes wurde somit gegenüber Betrügern zum Täterschutz.

Weiterer Druck der SVP nötig

Es brauchte wiederum jahrelange Anprangerung durch die SVP, um diese large Haltung der Verwaltung, welche zudem immer wieder durch die Linke mit der absoluten Forderung nach strikter Einhaltung eines rigiden Datenschutzes verstärkt wurde, aufzudecken. Verschiedene Vorstösse im Kantonsrat, darunter die Parlamentarische Initiative Heer haben nun dazu geführt, dass der Regierungsrat sich endlich dazu aufraffte, den Datenaustausch für eine korrekte Handhabung der Sozialhilfe gesetzlich vorzuschreiben.

«Kann»-Formulierungen durch zwingende Vorschriften ersetzen

Allerdings war die Vorlage des Regierungsrates nicht konsequent genug. So wurde die Auskunftspflicht nur als selbst zu beurteilende Ermächtigung formuliert. Uns als SVP ist es gelungen, in der Kommissionsarbeit die übrigen bürgerlichen Parteien für die zwingende Verpflichtung zur Auskunftserteilung unter Verwaltungsstellen zu überzeugen. Die Sozialhilfestellen werden mit der Gesetzesrevision dazu verpflichtet, bei Verdacht auf unvollständige oder unwahre Angaben und Unterlagen durch die Gesuchsteller aktiv die nötigen Informationen zu beschaffen. Dies, wenn nötig auch ohne Zustimmung des Hilfesuchenden z.B. bei Arbeitgebern, Unterstützungspflichtigen, in Hausgemeinschaftlebende oder andere in finanzielle Beziehung stehende Stellen und Personen. Sozialhilfeorgane und andere Verwaltungsstellen sind auch verpflichtet, eigene Kenntnisse über Sozialhilfebetrüger unaufgefordert den zuständigen Sozialhilfeorganen zukommen zu lassen, um diesen die korrekte Erfüllung der allfälligen Unterstützung zu ermöglichen. Diese zwingenden Vorschriften im Gesetz haben sich auch in der Kantonsratsdebatte in vollem Umfang durchgesetzt.

Trotz der für uns unverständlichen Gleichstellung der relativ kleinen Gruppe, gemäss Bundesgesetz vorläufig Aufgenommene unter die Regel des Sozialhilfegesetzes, überwiegen die vorgängig beschriebenen Vorteile dieser Gesetzesrevision. Es ist zu hoffen, dass die Erwartung des Regierungsrates, dass damit ein wesentlich grösserer Anteil dieser Gruppe dazu gebracht werden kann, mit eigener Arbeit ihren Unterhalt zu verdienen, erfüllt wird. Der Bund ist hier gefordert, mit einer entsprechenden Politik dafür zu sorgen, dass diese Gruppe nicht durch Attraktivitätssteigerung weiter ansteigt.

In vier Wochen wird der Kantonsrat die Schlussabstimmung über diese Gesetzesrevision vornehmen. Die SVP wird damit ein lang erkämpftes Ziel erreichen. Wir werden damit die Grundlage erhalten, uns eine saubere Ausrichtung der Sozialhilfe zu Gunsten derer, welche sie dringend und zu recht nötig haben, auszurichten und Missbrauch weitgehend durch präventives Verhalten bei der Prüfung der Gesuche auszuschliessen. Ohne die konsequente Sozialpolitik unserer Partei wären wir heute nicht so weit.

MEDIENMITTEILUNG DES KANTONALEN GEWERBEVERBANDES ZÜRICH (KGV)

KGV sagt nein zu staatlich verordneter Kinderbetreuung

Am 13. Juni werden die Stimmberechtigten im Kanton Zürich über die SP-Volksinitiative «Kinderbetreuung JA» und den Gegenvorschlag des Kantonsrates abstimmen. Der KGV sieht keine Notwendigkeit für einen staatlichen Eingriff oder ein Diktat durch den Kanton. Entsprechend hat der Vorstand entschieden, sowohl Initiative wie auch Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Mit der Volksinitiative «Kinderbetreuung JA» wollen linke Parteien und Gewerkschaften bewirken, dass ein «bedarfsgerechtes» Kinderbetreuungsangebot geschaffen wird, welches durch Kanton, Gemeinden und Nutzer finanziert werden soll. Nun ist die ausserhäusliche Kinderbetreuung aber bereits heute stark reglementiert, die Richtlinien dazu sind im Volksschulgesetz festgeschrieben und in allen Gemeinden umgesetzt – ein neues Gesetz ist also nicht nötig. Ausserdem hätte eine Annahme der Initiative erstens eine unnötige Ausweitung der Staatsaufgaben und zweitens eine Verkomplizierung der Zuständigkeiten zwischen Kanton, Gemeinden und Nutzern zur Folge.

Zwar regelt der Gegenvorschlag des Kantonsrates die Zuständigkeiten klarer, indem er die Finanzierung der Kinderbetreuung wie bis anhin den Gemeinden und den privaten Trägerschaften auferlegt. Der KGV bemängelt jedoch, dass auch der Gegenvorschlag die Gemeinden zwingen würde, ein «bedarfsgerechtes» Angebot zu schaffen. Die Entscheidung, was dies konkret bedeutet, muss jedoch den Gemeinden und nicht dem Kanton überlassen werden. Die Ansprüche an die Kinderbetreuung sind von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich, kantonaler Zwang würde hier einerseits zu Ineffizienzen führen und andererseits private Lösungen gefährden.

Selbstverständlich ist dem Vorstand des KGV bewusst, dass wir auf Frauen als wertvolle Arbeitskräfte angewiesen sind. Angebote zur Betreuung von Kindern können zweifelsohne einen wesentlichen Beitrag leisten, um die Erwerbsquote bei Frauen zu erhöhen. Der volkswirtschaftliche Nutzen ist unbestritten. Der KGV lehnt es jedoch ab, die Regulierung im Kinderbetreuungsbereich zu verdichten und teure Betreuungsangebote mit Steuergeldern künstlich marktfähig zu machen, wie dies Initiative und Gegenvorschlag vorsehen. Stattdessen setzen wir uns für eine gezielte Deregulierung ein, dies wäre die einfachste und günstigste Massnahme zur Förderung effizienter Betreuungsangebote.

Aus all diesen Gründen lehnt der Vorstand des KGV sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ab. Er erhofft sich dadurch ein deutliches Signal für mehr Deregulierung und somit auch mehr freien Markt in der Kinderbetreuung. Sollten sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag angenommen werden, empfiehlt der KGV in der Stichfrage den Gegenvorschlag zur Annahme.

Parolen zur Volksabstimmung vom 13. Juni 2010

Kantonale Vorlage

A. Volksinitiative «Kinderbetreuung Ja» (Gesetz über die Kinderbetreuung) — NEIN

B. Gegenvorschlag des Kantonsrates: Jugendhilfegesetz (Änderung vom 7. Dezember 2009; familienergänzende Betreuung) — NEIN

C. Stichfrage
Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl die Volksinitiative als auch der Gegenvorschlag des Kantonsrates von den Stimmberechtigten angenommen werden? — Vorlage B (Gegenvorschlag)

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Susanne Brunner

Alter: *38 Jahre*

Beruf: *Politikmanagerin, Schweizerischer Versicherungsverband*

Gemeinde: *Zürich*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Ich bin seit dem 31. Mai 2010 Mitglied der SVP. Aufgewachsen in einer CVP-Familie in Wil SG, bin ich nach meinem Zuzug nach Zürich im Jahr 2002 der CVP Zürich beigetreten. Seit zwei Jahren vertrete ich den Wahlkreis Zürich 7/8 im Zürcher Kantonsrat. Mit der intensiven Auseinandersetzung mit den politischen Geschäften konnte ich mich zunehmend nicht mehr mit den Positionen der CVP identifizieren. Als Konsequenz bin ich per 31. Mai 2010 aus der CVP ausgetreten und der SVP Stadt Zürich beigetreten. In der SVP kann ich mich für tiefe Steuern und Steuerwettbewerb, für gesunde Staatsfinanzen, einen starken Föderalismus, die direkte Demokratie, eine unabhängige Schweiz sowie gegen überbordende Regulierungen konsequent engagieren!

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Parteipolitisches Engagement ist für mich Leidenschaft. Als Neumitglied der SVP bin ich sehr gerne bereit, tatkräftig verschiedenste neue Aufgaben zu übernehmen.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Ich wünsche mir für die Schweiz weiterhin viele Bürger, die bereit sind, sich im Milizsystem für unser Staatswesen zu engagieren. Davon lebt unser Land.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?

Ich habe kein einzelnes Vorbild. Grossen Eindruck machen mir Politiker, die Ihrer Linie und Ihren Überzeugungen treu bleiben, die sich nicht für eine politische Karriere verdrehen und sich wie Fahnen nach dem Wind wenden, um vorwärts zu kommen.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

Ich möchte mich möglichst gut in meiner neuen Kreispartei und der SVP-Kantonsratsfraktion integrieren und weiterhin mit Freude im Kantonsrat politisieren.

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

In topmoderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

MEDIENMITTEILUNG

Kantonsrätin Susanne Brunner wechselt zur SVP

Kantonsrätin Susanne Brunner tritt der SVP Stadt Zürich bei und verlässt die CVP. Grund für den Parteiwechsel ist die politische Entwicklung der Zürcher CVP: Die Finanz- und Wirtschaftspolitikerin Brunner konnte sich mit den Positionen der CVP nicht mehr identifizieren. Die SVP-Fraktion hat Susanne Brunner an ihrer Sitzung vom 31. Mai in ihre Reihen aufgenommen.

svp. Per 31. Mai 2010 tritt Kantonsrätin Susanne Brunner der SVP Stadt Zürich bei. Seit zwei Jahren vertritt Brunner die Stadt Zürich (Kreis 7/8) im Zürcher Kantonsrat. Gleichzeitig mit dem Parteiwechsel gibt die 38-jährige Staatswissenschafterin ihr Amt als Vizepräsidentin der CVP Stadt Zürich ab.

Ihr konsequentes Engagement für eine unabhängige Schweiz, für die direkte Demokratie und einen starken Föderalismus, für eine tiefe Steuerbelastung und Steuerwettbewerb sowie gegen überbordende Regulierungen eröffnete zunehmend Spannungsfelder innerhalb ihrer ehemaligen Partei. Der Parteiwechsel hat sich für Susanne Brunner aufgedrängt: «Die grundlegenden Positionen und Werte meiner Partei müssen sich mit den meinigen decken, sonst ist politisches Engagement unmöglich. Diese Übereinstimmung war bei der CVP Zürich nicht mehr der Fall.»

Mit dem Parteiwechsel wird Brunner im Kantonsrat Mitglied der SVP-Fraktion. Die SVP heisst ihr neues Mitglied herzlich willkommen und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit Susanne Brunner.

377789

Aktuell aus Bern: Volksinitiativen prägen die Sommersession

Zu Gast:
Nationalrat Hans Rutschmann

Donnerstag, 17. Juni 2010, 20 Uhr
Landgasthof Adler, Grüningen

SVP Sektion Grüningen
SVP des Bezirks Hinwil
JSVP Oberland-See

Junge SVP
Schweizer Qualität SVP
Die Partei des Mittelstandes

LESERBRIEFE

Der Niedergang der SVP Meilen

Aus der einst stolzen Ortssektion mit vier Gemeinderatssitzen und fünf Schulpflegesitzen ist seit den Gemeindewahlen 2010 eine Rumpfpartei hervorgegangen.

Eingeleitet hat diese Entwicklung Dr. Walter Landis. Walter Landis war acht Jahre Gemeindepräsident von Meilen. Er war bis vor kurzem Verfasser von unzähligen giftigen Leserbriefen gegen Christoph Blocher.

Seine politische Hauptaufgabe sah er im Planen von Grossprojekten im Dorfzentrum von Meilen. Das Stimmvolk von Meilen verweigerte ihm zweimal die Zustimmung zu seinen Visionen. Zuletzt sehr deutlich mit 2341 Nein gegen 1381 Ja für «sein Forum», einem Betonklotz quer über den Dorfplatz. Die ganze SVP Meilen wurde gleichgeschaltet und identifiziert mit diesen Projekten. (Anmerkung: Der Schreibende sorgte massgeblich für die Ablehnung des Forums.) In gleichem Masse wie diese Projekte beerdigt wurden, verlor auch die SVP Meilen Sitze in den Behörden. Im 2002 hatten wir noch zwei Gemeinderatssitze und drei Schulpflegesitze. Hans Isler, SVP Meilen, wurde nun zum Gemeindepräsidenten gewählt. Er erwies sich sogleich als würdiger Nachfolger von Walter Landis. Wie ein roter Faden kann der Abbau der Bürgerrechte in seiner politischen Tätigkeit verfolgt werden. Ich beschränke mich auf zwei Vorlagen.

Bei der Neuverpachtung der der Gemeinde Meilen gehörenden landwirtschaftlichen Siedlung Pfannenstiel hätte ein lieber Parteifreund, der bereits einen Hof besass, den Zuschlag samt Milchkontingent zum Niedrigtarif bekommen sollen. (In krasser Umgebung des bäuerlichen Bodenrechts.) Zur gleichen Zeit bemühte sich ein Berufskollege, dem der Hof gekündigt wurde, um die Siedlung der Gemeinde, was ihm verweigert wurde. An einer denkwürdigen Gemeindeversammlung lehnten die Stimmbürger Meilens die unwürdige Vorlage mit grossem Mehr ab. Erneut wurde der Ruf der SVP Meilen geschädigt.

Im Zusammenhang mit der neuen Kantonsverfassung musste auch die Gemeindeordnung angepasst werden. Was jetzt geschah, ist wohl einzigartig negativ für einen SVP-Politiker in der ganzen Schweiz. Der Gemeinderat Meilen schlug in der neuen Gemeindeordnung stille Gemeindewahlen vor. Hauptverfechter dieser Vorlage war Gemeindepräsident Hans Isler und die SVP Meilen. Die FDP Meilen etablierte sich darauf plötzlich als Retter in der Demokratie und profilierte sich als Gegnerin der Vorlage. Sie wurde vom Stimmvolk hoch verworfen. Der Ruf der SVP Meilen weiter geschädigt. Aktive Gewerbler zeigten kein Interesse in dieser Ortssektion mitzuarbeiten oder sich für ein Amt zur Verfügung zu stellen. Auf die Wahlen 2010 hin entstand ein eigentlicher Kandidatennotstand. Als Lückenbüsser stellte sich der Sekretär der Kantonalpartei Yves Gadient zur Verfügung, er kandidierte für den Gemeinderat. Es ist richtig, dass Gadient ein paar gravierende Fehler machte in seinem Wahlauftritt, diese haben ihm persönlich geschadet. Gadient wurde nicht gewählt. Von Hans Isler und auch Nachbarsektionen wird nun versucht, Gadient das schlechte Abschneiden bei den Gemeindewahlen 2010 in die Schuhe zu schieben. Diese Darstellung ist falsch. Das Desaster haben die Sektionen selber herbeigeführt. Der Schreibende ist Mitglied der RPK Meilen. In der RPK sind wir von der SVP Meilen neu mit drei Mitgliedern vertreten, vorher zwei Mitglieder. Wir haben uns nicht dem Untergangskurs der Politik von Walter Landis und Hans Isler angeschlossen, sondern uns für die Bürgerrechte eingesetzt. Darum wurden wir wiedergewählt oder sogar neu gewählt.

Edwin Bolleter, Meilen

EU-Währung eine Missgeburt

Die Währungsunion ist wie eine ungewollte Schwangerschaft zu betrachten. Im Sinne einer Ausgewogenheit über die Vor- und Nachteile der EU-Währung erlaube ich mir paar Fakten aufzuzeigen. Lediglich weniger als 40 Prozent aller Deutschen sieht im Rückblick auf die EU-Mietgliedschaft mehr Vor- als Nachteile.

Die Euro-Währung war politisch gewollt ohne jeden vernünftigen ökonomischen Unterbau. Ja, das Kind ist da, aber es ist eine Missgeburt. Eine Einheitswährung über so viele Länder mit ganz unterschiedlichen Mentalitäten und Strukturen wird nie richtig funktionieren. Deshalb besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Der nun geforderte funktionstüchtige Zentralismus in Politik und Wirtschaft wird im Gegenteil in einer Planwirtschaft enden, wie sie im Osten kläglich versagte. Eigentlich sollten die EU-Politiker längst gemerkt haben, dass die Bürger der Geberländer genug von der oft fraglichen Umverteilung haben. – Aber auch diese Politiker, die dies merken sollten, hangen zu stark an ihren fürstlichen Pfründen in Brüssel. Nicht umsonst warnen uns namhafte deutsche Politiker, Distanz vor diesen Euro-Turbos zu halten.

Walter Egli, Zürich

Haften Ospel und Co. für verursachten Schaden?

Eine unverzichtbare Notwendigkeit einer klar erkennenden, entscheidungs- und handlungsstarken Regierung würde problemlos Mittel und Wege finden Villiger und seinen Verwaltungsrat dazu zu «bewegen» Ospel und seinen Verwaltungsrat sowie Wuffli/Rohner und ihre Managements, allenfalls auch Kurer und die Seinen ohne Verzug mit Zivilprozessen zu «beschenken». Sie würde dem Volkswillen zum Durchbruch verhelfen, dass kein Versuch unterlassen werden darf, richterlich zu ermitteln, ob die Schadenverursacher Verschulden trifft, welches sie haftbar macht für fahrlässig verursachten Schaden. Strafprozesse jedoch bringen nichts! Der amtierende Verwaltungsrat der UBS muss jeden Versuch wagen, die Verursacher am Schaden zu beteiligen und dadurch den erlittenen Schaden der Eigentümer der UBS, ihrer Aktionäre, noch zu mindern, wenn irgendwie möglich auch den ihrer Kunden.

Für den Bundesrat und für den UBS-Verwaltungsrat geht es hier um nichts weniger als um Rückgewinnung von Respekt und Vertrauen seitens der Gesamtbevölkerung des Landes sowie der Wirtschaftspartner der UBS.

Werner Wili, Zürich

Könnten Pflanzen reden

Könnten Pflenzen reden, sie würden uns auslachen und zusehen wie die Behauptung vom Zusammenhang CO_2 und Klima wie ein Kartenhaus zusammenstürzt. Denn dagegen spricht eindeutig der mächtige Sauerstossüberschuss in der Atmosphäre und der Jahrmillionenalte Kohlendioxid-Sauerstoff-Kreislauf im Leben der Pflanzen.

Schon aus einer Veröffentlichung Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts über den Kohlendioxid-Sauerstoff-Kreislauf können genaue wissenschaftliche Erkenntnisse gelesen werden. «Die Pflanzen atmen Kohlensäure ein, die sich in unserer Luft in einer Menge von 0,34 Promille merkwürdig konstant findet und setzen genau so viel Sauerstoff in die Freiheit ab, als sie Kohlensäure aufgenommen haben. Die Pflanzen sind also gleichsam ein rückwärtslaufender Motor, der Auspuffgase sich zusammenholt und dafür Kraftstoffe liefert: Sauerstoff, Kohlenhydrate, Stärke, Zellulose, Fette usw. Die Energie dazu beziehen die Pflanzen aus der Sonnenstrahlung. Mensch, Tier und Motor schalten sich gleichsam als Nutzniesser zwischen das pflanzliche Leben, Wir leben in einem Überschuss von Sauerstoff, in einer oxydierenden Atmosphäre. Es ist also angesichts der verstärkten Oxydation der Welt durch den Einfluss des Menschen wichtig, dass man auch um den Pflanzenwuchs als Ernährer der Menschheit im weitesten Sinne sich fördernd kümmert.»

Was heisst das nach sechs Jahrzehnten der oben stehenden Veröffentlichung? Das Naturgesetz über den grünen Chlorophyl-Apparat hat sich bis heute nicht verändert. Wenn das Kohlendioxid (CO_2) in der Luft sich im Promillebereich anhebt, wie es die vergangenen Jahrzehnte geschehen ist, so atmen Pflanzen den höheren Kohlendioxidanteil ein und stossen mehr Sauerstoff aus. Das heisst dann auch mehr Grün, mehr Pflanzenertrag. Die grösste Pflege müssen unsere Volkswirtschaftsdepartemente dem ganzen Pflanzenwuchs angedeihen. Werden das Bund und Kantone beachten, so kann die Politik uns Menschen nicht verantwortlich machen, was mit dem Klima in sehr langen Zeiträumen immer wieder geschiebt. Allerdings muss auch gesagt werden, die Technik aller Sparten ist darauf zu richten, dass weniger fossile Energieträger verbraucht werden. Alles andere wäre verantwortungslos. Was die Natur in Jahrmillionen geschaffen hat, davon müssen viele Generationen auch noch leben können.

Max Matt, Altstätten

Millionen Steuergelder für Staatskinder?

Mit der Volksinitiative «Kinderbetreuung» wird gefordert: Der Staat übernimmt die Erziehung unserer Kinder ab dem Säuglingsalter. Und das flächendeckend im ganzen Kanton. Das kostet Steuerzahler und Gemeinden Hunderte von Millionen. Und führt zu einer kalten und gefühlslosen Staatserziehung wie im Sozialismus in der DDR!

Deshalb am 13. Juni: **2x Nein**
zur Volksinitiative «Kinderbetreuung»

SVP Kanton Zürich, Nüschelerstr. 35, 8001 Zürich, www.svp-zh.ch
Mit einer Spende auf PC 80-35741-3 unterstützen Sie dieses Inserat. Mit herzlichem Dank.

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes

«Eurokrise»

Fortsetzung von Seite 1

Das Euro-Debakel trifft auch die Schweiz – Verantwortungslose Verursacher

Interessant war die Situation in Schweden, hätte dieses Land doch den «Euro» nach dem Beitritt zur EU zwingend übernehmen müssen, da es die Stabilitätskriterien erfüllte. Doch die Schweden taten das nicht, begingen damit eigentlich einen Vertragsbruch und Brüssel sah dem tatenlos zu: Zu gross war dort die Angst, irgendwelche Pressionen könnten zum Wiederaustritt von Schweden aus der EU führen, kam der Beitritt mit nur 52 Prozent angesichts der manipulativen Reihenfolge der Referenden im hohen Norden einem eigentlichen Zufallsentscheid gleich. Später kam es dann wie in Dänemark zu einem eigentlichen «Euro-Referendum» – nach der dänischen blieb auch die schwedische Krone erhalten. Und die Nordländer mit ihrer in aller Regel soliden Finanzpolitik bewiesen eine kluge Weitsicht.

Natürlich gibt es derzeit noch weitere Länder der EU, welche dem «Euro» nicht oder noch nicht angehören: Dabei handelt es sich insbesondere um die neuen EU-Länder des Ostens, wobei auch dort bereits Slowenien und die Slowakei dem «Euro» beigetreten sind. Doch umgekehrt sind alte EU-Länder durchaus im «Euroraum» vertreten, obschon sie aus dem «Kohäsionsfonds» mit grossen Beträgen unterstützt wurden: Als solche «Nettoempfänger» gelten insbesondere Portugal, Spanien, Irland und Griechenland. Finanziert werden diese Fonds von andern Ländern, den «Nettozahlern»; die Schweiz hätte im Beitrittsfall auch zu dieser edlen Gruppe gehört und wäre mutmasslich mit rund vier Milliarden Franken – jährlich wiederkehrend – zur Kasse gebeten worden.

Wurzeln des Euro-Desasters …

Durch den Beitritt zum «Euroraum» gaben die Mitgliedsländer ihre selbständige Geldpolitik auf, nachdem sie über keine eigene Nationalbank mehr verfügten und deren Kompetenzen an die Europäische Zentralbank abgetreten hatten. Über Zinsen und Geldmenge bestimmten andere, eigene Wechselkurse gab es ja nicht mehr.

Und genau hier liegt denn auch die Wurzel des Schuldendesasters: Lebt ein Land, das über eine eigene Währung und eine eigene Geldpolitik verfügt über seinen Verhältnissen, so kann seine Nationalbank, wie schon oft geschehen, gewissermassen die Notenpresse anwerfen und so mit zusätzlichem Geld in der eigenen Währung die Finanzlöcher der Defizite stopfen. Monetarisierung der Staatsverschuldung nennen die Politologen diesen Vorgang, wenn Staatsschuldverschreibungen ausgegeben und gegen frisch geschaffene Beträge in der eigenen Währung wieder zurückgekauft werden.

Das Gegenstück dazu ist natürlich die Inflation – denn je mehr Geld einer gleich bleibenden Produktion nachgeworfen wird, desto mehr steigen bei gehaltener Nachfrage nach Gütern tendenziell die Preise. Besonders dann, wenn dies wie schon geschehen zu einer Hyperinflation führt, entsteht natürlich ein enormer volkswirtschaftlicher Schaden. Bei Ländern mit einer selbständigen Währung bleibt das weitgehend ein nationales Problem.

Ganz anders sieht es aus, wenn ein Land einer Währungsgemeinschaft angehört: Die Staaten im «Euroland» können nun ihre Defizite nicht mehr durch eine autonome Ausweitung der eigenen Geldmenge selber in eigener Regie finanzieren, sondern jetzt müssen sie Kredite aufnehmen. Dafür haben sie natürlich Zinsen zu zahlen und je schlechter die Bonität eines Landes eingeschätzt wird, desto höher fallen diese Zinsen aus. Unter dieser Konstellation kann es zu einem «Staatsbankrott» kommen, dann nämlich, wenn ein Land seine Zinsen nicht mehr zahlen kann und keine Kredite (zu verträglichen Konditionen) mehr bekommt.

… und Urheber der Misere

So erklärt sich auch die Schuldenkrise, wie sie nun durch Griechenland ausgelöst wurde. Es ist nun müssig darüber zu spekulieren, wie die Misswirtschaft dort betrieben wurde und in welchen Sümpfen das Geld – das man durch Kredite und als Nettoempfänger von der EU bekommen hat – schliesslich versickert ist. Klar ist, dass ein Bankrott der Hellenen eine zumindest europaweite Krise auslösen würde. An vorderster Front stünden dann jene, die in ihren Portefeuilles die wertlosen Schuldverschreibungen des Staates von Griechenland halten – das wird die europäische Zentralbank sein; aber auch Banken und Versicherungen samt Pensionskassen in aller Welt können betroffen sein, vor allem aber jene in Europa und in der Schweiz.

In höchsten Masse bedenklich ist über alledem, dass amerikanische Banken – die selber grobe Misswirtschaft betrieben – mit komplizierten Kreditvergaben und Umverteilungen den Griechen noch Beihilfe leisteten, um Defizite und Schulden gegenüber den Institutionen in der EU zu vertuschen. Eine solche bewusste Verschleierung und die Vortäuschung von falschen Staatsbilanzen, das ist natürlich ein Betrug, der weit über die beschriebene «Kreative Buchführung» hinausgeht.

Doch statt einen solchen Betrüger aus dem «Euroland» – wenn nicht gar aus der EU – zu werfen, geht die EU hin und schnürt dieses Hilfspaket von 750 Milliarden Euro, also einer Billion Franken. Denn nicht nur ist Griechenland «too big to fail» – wir kennen den Begriff schon zur Genüge – sondern es könnte ja sein, dass sich im vernetzten System ein Dominoeffekt bildet und sich in anderen Ländern ähnliche Abgründe öffnen. Andere Nettoempfänger wie Spanien und Portugal stehen da ihrerseits nahe am Schlund und auch das kreativ buchführende Italien gerät ins Visier.

Und selbst der feste Boden erweist sich als sumpfig, da auch die scheinbar starken Länder in unerlaubtem Masse verschuldet sind. So werden in der Not auch Wahlversprechen gebrochen – seien das solche, die auf eine Senkung der Steuern zielen (Deutschland), seien das jene, dass das Rentenalter nicht angehoben werde (Frankreich). Da solche Vertrauensbrüche eine politische Instabilität nach sich ziehen können, droht weiteres Unheil.

Doch nicht genug damit: Wenn nebst Griechenland die klassischen Defizitsünder wie Portugal, Spanien und Italien nun unter dem Druck der EU massive Sparpakete schnüren, droht neues Ungemach, wenn diese Sparziele in Kürze schon greifen sollen: Das kann wiederum dazu führen, dass die Lohneinbussen und Nachfrageausfälle die Wirtschaft schwächen – bis hin in die Rezession. Durch sinkende Steuereinnahmen schnappt dann die Schuldenfalle erst recht zu. Ein Kreis des Teufels.

Sündenfall der Euro-Institutionen …

Bedenklich ist dabei auch, dass die «Europäische Zentralbank» tun musste, was eigentlich in den Satzungen verboten ist: Sie kaufte marode Staatspapiere auf, um erste Nothilfe zu leisten. Mit den damit in Umlauf gesetzten zusätzlichen Euros, also mit der «Monetarisierung der Schulden von Mitgliedsländern», wird natürlich ein beträchtliches Inflationspotenzial geschaffen, das längerfristig im ganzen «Euroraum» grossen Schaden anrichten kann. Zwar wird immer wieder beteuert, dass die zusätzlichen Geldmittel wieder abgeschöpft würden – doch inwiefern das realistisch ist oder inwieweit es sich dabei um reine zweckoptimistische Kraftmeiereien zur Camouflage einer fragwürdigen Politik handelt, wird sich weisen; zu befürchten ist, dass es sich als Zweckoptimismus erweisen wird.

Ob dann im schlimmsten Fall die EU-Länder diese Billion ohne grossen eigenen Schaden einschiessen können, ist zu bezweifeln und war auch schon Gegenstand eines Beitrages in dieser Zeitung. Die Folge wäre dann eigentlich der «Unionsbankrott» – den dann nur noch in letzter Not die «Euro-Notenpresse» auf Kosten einer Hyperinflation im Euroraum verhindern könnte.

Wohl gehört die Schweiz glücklicherweise nicht zum «Euroraum», doch betroffen sind wir dennoch, wenn auch in geringerem Ausmass. Vom Tisch sein dürften die Forderungen, dass wir uns am Hilfspaket beteiligen – was wir als Euromitglied natürlich zwangsläufig müssten! – doch über die Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds (IWF) sitzen wir dennoch im Boot. Über die möglichen Milliarden, die wir hier zu leisten haben, gibt der Beitrag von Hans Kaufmann im Detail gute Auskunft.

… trifft auch die Schweiz

Darüber hinaus kommen wir auch durch den sinkenden «Eurokurs» in der Schweiz zu womöglich grossem Schaden. Denn dies verteuert unsere Produkte auf den europäischen Märkten und drückt auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Wenn dem die Schweizer Nationalbank nicht tatenlos zusehen will, muss sie eine zu starke Aufwertung des Schweizer Frankens verhindern. Zur Stützung des «Euro» muss sie dann – da die Munition in der Zinspolitik bei Zinsen in der Nähe des Nullpunktes verschossen ist – grosse Beträge der Europawährung aufkaufen – gegen die Herausgabe von Schweizer Franken. Angesichts der grossen Menge an «Euros», die im Umlauf sind, kann das eine lange und womöglich auch aussichtslose Übung sein, die, je länger sie dauert, das Inflationspotenzial in der Schweiz erhöht, Folgen, die sich erst in der Zukunft weisen werden, weil das in Aussicht gestellte Abschöpfen der zusätzlichen Geldmenge auf zweckoptimistischen Füssen steht. Dass die Nationalbank mit den tonnenweise aufgekauften Euros im Keller bei fallendem Eurokurs auch zweistellige Milliardenverluste erleiden könnte, ist als Risiko noch eine Dreingabe.

So kommen schwierige Zeiten auf uns zu. Auch ohne «Euro» im eigenen Land erweist sich die Einheitswährung als eine Missgeburt, für die wir – ohne selber verantwortlich zu sein – noch Alimente zahlen müssen. Ohne eine Adoption des «Euro» ist die Belastung allerdings kleiner – wenigstens eine Chance, die es zu nutzen gilt.

Verschuldung ausgewählter Euro-Staaten, erwartete Werte für 2010

	Neuverschuldung	Staatsverschuldung in Relation zum BIP
Euro-Kriterien:	3,0 Prozent	60 Prozent
Deutschland:	5,0 Prozent	79 Prozent
Frankreich:	8,0 Prozent	84 Prozent
Italien:	5,3 Prozent	118 Prozent
Spanien:	9,8 Prozent	65 Prozent
Portugal:	8,5 Prozent	86 Prozent
Griechenland:	9,8 Prozent	125 Prozent
Schweden:	2,1 Prozent	43 Prozent

«EUROKRISE»

Wenn die Schweiz EU- und Euro-Mitgliedsland wäre …

Nach einer zwölfstündigen Marathonsitzung beschlossen die Finanzminister der EU am 9. Mai 2010 in Brüssel und der Internationaler Währungsfonds (IWF) bis zu EUR 750 Mrd. locker zu machen, um die Verschuldungs- und Währungskrise im Euroraum zu lösen.

HANS KAUFMANN
NATIONALRAT SVP
WETTSWIL

Diese Hilfezusagen ergänzen die zuvor gesprochene direkte Griechenlandhilfe in Höhe von EUR 110 Mrd. Zusammen gerechnet beläuft sich das Euro- und Griechenland-Hilfspaket somit auf EUR 860 Mrd. Die Finanzierung dieses «Europäischen Stabilisierungsmechanismus» soll zu EUR 520 Mrd. über die Euro-Zonenländer erfolgen, weitere EUR 60 Mrd. stammen aus der zentralen EU-Kasse, in denen die Euro-Länder selbstverständlich auch enthalten sind, und die restlichen EUR 280 Mrd. soll der IWF beisteuern. Auch an der IWF-Finanzierung sind mehrere EU-Länder beteiligt. Deshalb kann sich für einzelne Länder eine Kumulierung von Finanzierungsverpflichtungen ergeben, insbesondere für Deutschland oder Frankreich. Während die Beitrags-Verteilschlüssel für die EU und die Eurozonen-Länder aufgrund der Kapitalquoten an der EZB relativ klar sind, sind die Verpflichtungen im Rahmen des IWF derzeit noch ungewiss.

Was die Schweiz anbetrifft, so stellt sich der Beitrag als IWF-Mitglied je nach Verteilschlüssel auf einen Betrag zwischen CHF 6 Mrd. und CHF 18 Mrd. Kommt die Kapitalquote zum Zuge, so beläuft sich der Schweizer Anteil auf 1,59 Prozent (= CHF 6,3 Mrd.). Wird die Finanzierung nur den 26 «reichen» Ländern aufgebürdert, so kommt der «alte NKV-Schlüssel» zur Anwendung. An diesem alten NKV ist die Schweiz mit 4,53 Prozent (= CHF 18 Mrd.) beteiligt. Kommt bereits der geplante neue NKV-Schlüssel zur Anwendung, der auch eine Mitfinanzierung potenter Emerging Markets einschliesst, dann wird der Schweizer Beitrag mit 2,97 Prozent (CHF 11,8 Mrd.) etwas geringer ausfallen. Wäre die Schweiz EU- und Euro-Mitglied, müsste sie, quotenmässig etwa vergleichbar mit Österreich, für Finanzzusagen von weiteren rund CHF 23 Mrd. geradestehen. Zusammen mit der IWF-Quote würde sich der potenzielle Schweizer Beitrag auf CHF 29,4 Mrd. (IWF-Kapitalquote) bis CHF 41 Mrd. (alte IWF NKV-Quote) belaufen. Vergleicht man diese Beträge mit dem BIP 2009 oder den Bundesausgaben 2009, dann wird sofort klar, dass es sich um Beträge handelt, die schwerwiegende Folgen für das Budget der Eidgenossenschaft und die Staatsverschuldung hätten. Bezogen auf das BIP 2009 von CHF 536 Mrd. errechnet sich eine Belastung für die Volkswirtschaft von 5,5 Prozent bis 7,5 Prozent. Bezogen auf die gesamten Staatsausgaben gemäss OECD (inkl. Kantone und Gemeinden) errechnet sich eine Belastung von 15 Prozent bzw. 21 Prozent. Noch brutaler wäre die Belastung für den Bundeshaushalt, der diese Beträge effektiv bestreiten müsste. Im Jahre 2009 beliefen sich der operative Bundesaufwand auf CHF 55 Mrd. Es würde für die Schweizer Staatsfinanzen eine massive Zäsur bedeuten, wenn auf unseren Staatshaushalt neue, wenn auch vorerst einmalige Verpflichtungen von CHF 29,4 Mrd. bis CHF 41 Mrd. zukämen, denn diese Beträge entsprächen 53 Prozent bzw. 75 Prozent der letztjährigen Bundesausgaben. Würden diese Beiträge über neue Bundesschulden finanziert, dann nähmen die Bruttoschulden von CHF 109 Mrd. (Ende 2009) um 27 Prozent bis 38 Prozent auf CHF 138 Mrd. bzw. CHF 150 Mrd. zu. Diese Neuverschuldung müsste in den Folgejahren verzinst werden (2 Prozent = ca. CHF 600 Mio. bis CHF 1 Mrd.). Bezogen auf die 7,8 Mio. Einwohner der Schweiz errechnet sich ein potenzieller Beitrag von CHF 3770 bis CHF 5250. Pro vierköpfige Familie ergäbe sich ein Betrag von CHF 15 000 bis 21 000.

Angesichts dieser Zahlen kann man von Glück sprechen, dass die Schweiz nicht EU- oder Euro-Mitglied ist. Effektiv wird die Schweiz vorderhand erst in die EUR 280 Mrd. Hilfsaktion des IWF eingebunden, was basierend auf der Kapitalquote von 1,59 Prozent konkret einem Haftungsbetrag von rund CHF 6 Mrd. bzw. 10 Prozent des Bundesbudgets entspricht. Aber es ist nicht auszuschliessen, dass ein anderer Verteilschlüssel zur Anwendung kommt, der diesen Betrag auf CHF 18 Mrd. verdreifachen könnte, was einem Drittel des Bundeshaushaltes 2009 entsprechen würde.

Dass solche gigantischen Beträge nicht Phantasie, sondern schmerzhafte Realität sind, zeigen die Beschlüsse (319:73:195) des deutschen Bundestages vom 20. Mai 2010, die eine Beteiligung bzw. Garantien Deutschlands von EUR 148 Mrd. am EUR 750 Mio. Rettungspaket für Not-Kredite an verschuldete Euro-Länder beinhalten. Dazu kommen die bereits zuvor beschlossenen EUR 22,4 Mrd. Beteiligung an der Griechenland-Direkthilfe. Zusammen errechnet sich ein Deutschland-Engagement von EUR 170 Mrd., was rund 7 Prozent des deutschen BIPs bzw. 16 Prozent des deutschen Staatshaushaltes entspricht.

Mrd. EUR 1 EUR = CHF 1,42	Direkthilfe Griechenland	Europäischer Stabilisierungs-mechanismus	Total	Theoretische Quote CH in %	Betrag in CHF Mrd.
Eurozone	80	440	520	2,9	21,4
EU-27		60	60	1,9	1,6
IWF	30	250	280	1,59	6,3
Total	110	750	860		29.4
falls IWS-Beiträge über NKW finanziert werden, alter Schlüssel					
IWF	30	250	280	4,53	18,0
Total	110	750	860		41.0
falls IWS-Beiträge über NKW finanziert werden, neuer Schlüssel					
IWF	30	250	280	2,97	11,8
Total	110	750	860	2,97	34,8

Fadegrad

Das einfache Weltbild

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Ein einfaches Weltbild muss nicht immer falsch sein. Jedenfalls ist mir das bei der Lektüre der neuesten Broschüre «aveniraktuell» von avenir suisse durch den Kopf gegangen. Besonders sinnreich scheint mir der Artikel mit dem Titel «Preis dank Fleiss». Aufgrund eigener Berechnungen und Zahlen der OECD hat der Think Tank herausgefunden, dass das hohe Pro-Kopf-Einkommen der Schweizer einerseits davon abhängt, dass wir mehr und länger arbeiten als andere und dass andererseits in der Schweiz überdurchschnittlich viele Leute arbeiten. Bei der Produktivität liegen die Schweizer im Mittelfeld. Fleiss und Pflichterfüllung sind demnach besonders wichtig, um auf einen grünen Zweig zu kommen. Auf Seite zwei der gleichen Broschüre wird dann noch auf eine andere Studie der OECD hingewiesen, die belegt, dass Bildung Wohlstand bildet. Ein hoher Anteil von Leistungsschwachen, nämlich 13%, die nicht eine Minimalzahl von 400 Punkten eines Tests erreichten, schwächten die Entwicklung der Schweiz. Spitzenländer wie Korea (7%), Japan (8%) oder Finnland (5%) lassen uns neidvoll erblassen. Gleich wichtig sei es, Begabte zu fördern. Fassen wir zusammen: Wer mehr, länger und härter arbeitet, verdient mehr. Wer eine bessere Bildung hat, verdient mehr. Jetzt ist natürlich keinesfalls gesagt, dass wer mehr verdient, gleichzeitig ein wertvollerer oder glücklicherer Mensch ist, aber er hat wenigstens keine Geldsorgen und bezieht aus seiner gut gemachten Arbeit ein positives Selbstwertgefühl. Wenn wir vom Individuum absehen, profitiert eine Gesellschaft davon, wenn überdurchschnittlich viele gut gebildete Leute viel arbeiten. Ich weiss, ich weiss, das ist nicht sehr originell. Was ist wohl der Grund, warum in jüngster Zeit ein grosses Interesse von gut gebildeten EU-Bürgern besteht, ihren Wohnsitz in die Schweiz zu verlegen? Nun, anscheinend ist die wenig originelle Erkenntnis, dass gute Arbeit zu gutem Lohn die Menschen wie auch die Gesellschaft als Ganzes zu Wohlstand führt, in der EU nicht besonders weit verbreitet. Es besteht die berechtigte Sorge, dass die Schuldenwirtschaft der EU-Staaten die Euro-Guthaben der fleissigen Bürger gefährdet. Die Leute retten ihr Geld und sich selbst gleich mit. Die Schweiz wird ein weiteres Mal davon profitieren, nicht EU-Mitglied zu sein. Natürlich freut das nicht alle. Nämlich nicht die Faulen, die jetzt Konkurrenz erhalten. Sozialismus in Form von Wohnungsverbilligungen und Ähnlichem wird sie aber nicht retten, nur härteres Arbeiten. Die Schweiz wird einmal mehr von fliehenden Eliten profitieren. Die Wirtschaft wird wachsen. Aber mittelfristig müssen wir die Bildungspolitik leistungsorientierter gestalten. Der Sowjet-Kommunismus ist tot, der EU-Sozialismus liegt im Sterben. Kann es sein, dass dieses Weltbild stimmt, trotz seiner Einfachheit?

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Parkplatzplanwirtschaft

Diese Woche war es also so weit, die grosse Debatte zur Revision der Städtischen Parkplatzverordnung. Zur Klärung sei gesagt, dass es bei dieser Verordnung nicht um die Parkplätze auf öffentlichem Grund, sondern um Parkplätze auf Privatgrund geht. Diese sollen weiter reguliert werden. Somit ist klar, dass diese neue Parkplatzrevision nichts anderes ist, als ein weiterer Teil von linker und grüner Regulierungswut. Vor allem aber führt die beabsichtigte Revision zu massiven Eingriffen beim privaten Eigentum. Klar, dass die SVP dagegen angekämpft hat.

BRUNO AMACKER
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 6

Zentraler Punkt der Revision ist, dass die Anzahl der Privatparkplätze auf privatem Grund massiv reduziert werden soll. Es soll sogar neu so sein, dass jemand selbst bei einem Mehrfamilienhaus keine Parkplätze mehr bauen muss – die Linke nennt das dann autofreies Wohnen. Nun, nur bei einer sehr oberflächlichen Betrachtung kann man zum Schluss kommen, dass dies ein freiheitlicher Ansatz ist. Doch wer ein Mehrfamilienhaus baut, der hat in puncto Erschliessung minimale Standards zu erfüllen. So muss das Haus an Wasser und Abwasser, Strom usw. angeschlossen werden. Und genau so gehört es zu einer minimalen Infrastruktur, dass eine bestimmte Anzahl Parkplätze bereitgestellt werden. Genauso wie es niemand in den Sinn kommen würde, ein Haus ohne Anschluss an das Stromnetz zu bauen mit der Begründung, jeder Mieter solle selber für Strom schauen, ist es nicht angängig, den Mietern bei den Parkplätzen selbst seinem Schicksal zu überlassen. Dies erst recht nicht in der Stadt Zürich, wo es kaum mehr öffentliche Parkplätze gibt und die Bewohner schlicht keine Möglichkeit haben, ihr Auto irgendwo hin abzustellen, wenn nicht auf dem Areal der Liegenschaft. Anders ist es beispielsweise bei Fahrrädern, da hat der Bewohner eher die Möglichkeit, sein Gefährt im Keller oder auf der Strasse zu parkieren, auch wenn keine Pflichtparkplätze in der Wohnliegenschaft vorhanden sind. Doch genau bei dieser Frage zeigt sich die Widersprüchlichkeit der Linken: Just bei den Fahrradparkplätzen verlangt links/grün neu eine Pflicht zur Mindestanzahl pro Liegenschaft. Bei den Fahrrädern hört für die Linken die Freiheit des Grundeigentümers offensichtlich auf.

Zudem ist die neue Parkplatzverordnung auch in weiten Teilen unpräzise und zu wenig klar. Der Verwaltung werden in unverantwortlicher Art und Weise Kompetenzen eingeräumt, welche dieser eigentlich nicht zustehen sollten. So erhält sie die Kompetenz delegiert, in zahlreichen Fällen in eigener Kompetenz die Anzahl Parkplätze festzulegen, womit der Rechtssicherheit kein Dienst erwiesen wird.

Behördlicher Regulierungswahn

Auf der anderen Seite ist die Verordnung ein weiteres Zeugnis des behördlichen Regulierungswahns. Bis ins kleinste Detail wird dem Grundeigentümer vorgeschrieben, welche Parkplätze er einzurichten hat. So sind neu auch für Roller und Fahrräder Pflichtplätze vorgesehen. Dies führt natürlich alles zu erheblichen baulichen Veränderungen und Zusatzaufwendungen, welche Grundeigentümer aus eigener Tasche zu berappen haben. Dass diese Mehraufwendungen schliesslich auf die Mieterschaft und die Kunden umgeschlagen werden müssen und letztlich zu höheren Mieten und höheren Preisen für Dienstleistungen und Konsumationen führen, scheint linke und grüne, welche sonst immer das hohe Lied von sozialen Preisen singen, nicht zu interessieren, sie nehmen das vielmehr billigend in Kauf.

Absurde linke Politik

Ganz abgesehen von all den Folgen, welche diese neue Verordnung auf die ohnehin schon unbefriedigende Parkplatzsituation in der Stadt Zürich haben wird, ist ein weiterer Punkt viel bedenklicher: Letztlich stellen all diese Vorschriften einen massiven Eingriff in das Eigentum der Grundeigentümer dar. Dem Einzelnen ist es nicht mehr möglich, nach seinen Bedürfnissen und Wünschen zu bauen, sondern er muss sich an die strengen staatlichen Vorgaben halten, egal ob ihm das nützt oder schadet. Dieser schwere Eingriff in die Privatrechte des Einzelnen war aber im Rat kein Thema.

Schliesslich ging es auch noch um das sogenannte Fahrtenmodell, eine absurde Erfindung von linken und anderen Ökofantasten. Bei diesem «Modell» geht es darum, dass ein Hauseigentümer, welcher eine Tiefgarage hat, pro Jahr nur noch eine bestimmte Anzahl Ein- und Ausfahrten aus seiner Garage tätigen darf. Das heisst beispielsweise, dass ein Hauseigentümer pro Jahr 500 Ein- und Ausfahrten zugute hat. Wenn er nun im Oktober seine 500 Fahrten absolviert hat, so hat er die Wahl, sein Auto nicht mehr aus der Garage zu bewegen oder eine Busse zu bezahlen. Man würde es für einen schlechten Scherz halten, wüsste man nicht, dass die Linken das tatsächlich so meinen. Ein kleiner Lichtblick immerhin: Dieser Vorschlag ist derart abstrus, dass sogar die Grünen einen solchen Unfug nicht mehr mitzutragen bereit waren und sich der SVP anschlossen. Auf kommunaler Ebene ist das Thema somit erledigt.

Von wegen (Grün-)liberal

Was von der abendfüllenden Debatte blieb, war eine Zustimmung der Mehrheit zu dieser freiheits- und eigentumsfeindlichen Vorlage. Am Rande bemerkt sei das Verhalten der Grünliberalen. Frischen Wind versprachen sie und insbesondere eine liberale und gewerbefreundliche Haltung. Nun, davon war an diesem Abend nichts zu spüren. Sie haben sich in allen wesentlichen Punkten der links/grünen Mehrheit angeschlossen und sich mehrheitlich gegen das Eigentum und gegen das Gewerbe entschieden.

Die erste Gelegenheit ihr angeblich liberales Gedankengut unter Beweis zu stellen, haben sie vertan. Es ist zu hoffen, dass der Begriff «liberal» in Zukunft nicht ein reines Marketinginstrument bleibt, sondern auch mit politischen Inhalten gefüllt wird.

SVP der Stadt Zürich

Abstimmungsparolen vom 13. Juni 2010

Städtische Abstimmungs-Vorlagen

Beschluss durch den Vorstand der SVP der Stadt Zürich:

- **Ersatzneubau Altersheim Trotte, Umbau Altersheim Sydefädeli, Objektkredit 62 Mio. Franken** — **JA**
- **Änderung der Gemeindeordnung, Auflösung der Dienstabteilung Stadtküche** — **JA**
- **Förderung und Unterstützung der Arbeitsintegration von Jugendlichen und Erwachsenen** — **NEIN**

Beschluss durch die Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich:

- **Erweiterungsbau Landesmuseum: Standortbeitrag inkl. Landabtretung von 10 Mio. Franken** — **NEIN**
- **Schmiede Wiedikon und Umgebung, Neugestaltung Strassenraum, Objektkredit 3,15 Mio. Franken** — **NEIN**
- **Volksinitiative «Freie Allmend»**
- **Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen»** — **NEIN**

Ersatzwahl in das Bezirksgericht Zürich

Die SVP der Stadt Zürich unterstützt die gemeinsam vorgeschlagenen Kandidaten der Interparteilichen Konferenz des Bezirks Zürich (IPK):

- **Baumgartner Annette (CVP)**
- **Bezgovsek Rok (SP)**

Schulkreis Uto / Neuwahl des Präsidiums

Die SVP unterstützt den bürgerlichen Kandidaten

Christian Aeschbach (FDP)

VORBILDFUNKTION FÜR DIE JUGEND

Bürgerliche Politik als Chance für die Jugend

PATRIC EGGLER
PRÄSIDENT SVP ZÜRICH 8

Es ist erschreckend, wie viel Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen vorhanden ist. Praktisch jedes Wochenende kann man in der Innenstadt mit eigenen Augen beobachten, wie Jugendliche andere Jugendliche oder gar Erwachsene verprügeln und/oder ausrauben.

Was man hingegen sehr selten sieht ist eine Polizeipatrouille. Oftmals ist zu sehen, dass ganze Gruppen wahllos Passanten anpöbeln, mit Fäusten und diversen Gegenständen maltraitieren und sich dabei noch einen Spass daraus machen. Beispiele gibt es genügend: Der Fall München, der Messerstecher an der Streetparade oder der Fall in der Silvesternacht, als ein Rollstuhlgänger von einer Gruppe Jugendlicher verprügelt wurde. Die Hemmschwelle zur Gewalt ist vor allem in der Stadt Zürich erschreckend tief.

Einhalt gebieten

Was aber noch erschreckender und besorgniserregender ist, ist der offenbar fehlende politische Wille dieser Entwicklung energisch und sofort Einhalt zu gebieten. Die Ursache dieses schwerwiegenden Problems hat meines Erachtens zwei Gründe:

1. Fehlende oder zu wenig konsequente Erziehung und Mitgabe gewisser Spielregeln in unserer Gesellschaft von Seiten des Elternhauses und der Gesellschaft als solches; womit wir alle gefordert sind. Die gesellschaftliche Liberalisierung hat ihre Grenzen erreicht, Leitplanken sind nötig.
2. Jugendarbeitslosigkeit und die daraus folgende Langeweile. Es ist nicht verwunderlich, dass Jugendliche, welche langzeit-arbeitslos sind, keine oder nur eine mangelhafte Ausbildung haben, sich zum Teil in solchen, um es mal salopp zu formulieren «Schlägerkreisen» wiederfinden. Und dies trotz eines sehr breiten Angebots von diversen Sport- und Freizeitaktivitäten sowie Beschäftigungsprogrammen seitens der Stadt.

Abdriften vom Leistungsprinzip

Auch in unseren Schulen herrschen erhebliche Probleme. Sie sollen für alle Jugendlichen die Grundlage sein, um später, als Erwachsene, einen Platz in der Gesellschaft und im Berufsleben zu haben. Doch ist seit längerem eine zunehmende Motivationslosigkeit der Schüler und ein Abdriften vom Leistungsprinzip zu beobachten. Dabei leben wir mehr und mehr in einer Leistungsgesellschaft, in welcher es bestimmt nicht leichter ist und nicht leichter wird, all das zu bekommen oder zu erreichen (was nicht käuflich ist), was wir gerade möchten. Vermehrt muss wieder auf Disziplin und Ordnung geachtet werden. Lehrer und Lehrmeister, welche früher das Sinnbild einer Autoritätsperson darstellten, büssen nach und nach ihren Status ein und werden weniger geachtet. Auffallend ist, dass es gewisse links gerichtete Organisationen und Gewerkschaften gibt, welche unser Milizsystem in der Lehrlingsausbildung untergraben und den Auszubildenden mehr Rechte als dem Lehrmeister einräumen. Dieser Trend ist in den Schulen ganz ähnlich so, dass die Schüler das Gefühl haben, sie müssen sich von ihren Lehrern nichts mehr sagen lassen. Bei solchen Verhältnissen ist es kaum verwunderlich, wenn ein KMU künftig nicht mehr gewillt ist, Lehrlingen eine Ausbildung zu ermöglichen.

Die Schulen sind aus den genannten Gründen dazu angehalten, nebst der Stoffvermittlung auch wieder vermehrt auf die Förderung von Leistungswillen und das Aneignen von Disziplin-Regeln für das Zusammenleben Wert zu legen.

Erziehung ist nicht delegierbar

Ein weiteres Faktum ist, dass Eltern die Erziehung an die Schulen oder andere Ausbildungsinstitutionen delegieren, dann aber, wenn es darauf ankommt nicht hinter den Entscheiden der Lehrer stehen. Unsere Erziehungspolitik wurde so zu einer «Wo-kann-ich-mein-Kind-erziehen-lassen-Politik». Aber: Erziehung ist nicht delegierbar! Ein Kind hat man bewusst. Man kommt nicht eines Tages nach Hause und sagt «Huch, da hab ich ja noch ein Kind». Und darum gehört die Erziehung in die Verantwortung der Eltern, welche ihren Kindern Werte und Wertvorstellungen vermitteln. Auch die Kriminalität unter Jugendlichen kann so mindestens teilweise eingeschränkt werden.

Egal wie wir es zu drehen und zu wenden versuchen, die erwähnten Probleme laufen immer wieder auf einen ganz ähnlichen Schluss hinaus: Die Gesellschaft, also wir alle, müssen wieder bewusst eine Vorbildfunktion für die heutige Jugend übernehmen und vorleben. Der Appell an die Gesellschaft alleine reicht jedoch nicht aus. Flankierend hierzu ist die Politik ebenfalls gefordert. Die Jugendanwaltschaften tragen bei der Verminderung von Jugendkriminalität eine hohe Verantwortung. Die konsequente Umsetzung unseres Jugendstrafrechts ist dabei unabdingbar. Wir fordern aber auch, dass Eltern von kriminellen Jugendlichen in geeigneter Form zur Verantwortung gezogen werden.

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

1 Greuter Handschiebe-Plattenwaage, 500 kg, sehr guter Zustand, günstig, Tel. 079 326 09 53.

Obstharassen à Fr. 2.–; **25-Liter-Süssmostflaschen** à Fr. 10.–; **1-Liter-Flaschen** (Granini) à Fr. –.25; **0,5-Liter-Bügelverschlussflaschen** à Fr. 2.–. Telefon 079 767 23 89.

Kunststofftank, Heizöl/Diesel, 2000 l, 100% Metall-Auffangwanne, Entlüftungsstutzen, Füllstandsanzeige, frisch gereinigt, Top-Zustand, Fr. 300.–, ab Platz Rafz ZH, Tel. 044 869 09 79.

Drehkolbenpumpe auf Anhänger mit Sparzapfwelle 10 bar, neu Fr. 6000.–, Abgabe Fr. 4000.–, neuwertig mit Saugleitung. Tel. 044 821 58 28.

Zu verkaufen
Class-Ladewagen
mit 20 Messern
Kleinballen-Ladewagen
3-Seiten-Kipper «1-achsig»
Tel. 052 317 18 19

Wuchemärt-Inserate
3 Zeilen à 35 Anschläge für nur Fr. 20.– inkl. MWSt
6 Zeilen à 35 Anschläge für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

GEBA Produkte

Rufen Sie uns an !
Calitec GmbH, Ballwil
041 449 50 50 www.calitec.ch

Appenzeller Sennenhunde mit SKG-Stammbaum, geimpft, gechipt und entwurmt. Sie sind gut sozialisiert. Karl Suter, Rossbergstrasse 34, 6422 Steinen, Tel. 041 832 15 52.

Heimeliges **Knusperhäuschen** in Lumner Trun, 4 Schlafzimmer, Stall, div. Keller, Garage, Aussenabstellplätze, kleiner Garten, VP Fr. 350 000.–, inkl. Mobiliar, Tel. 081 911 33 00.

Zu verkaufen an guten Platz: **Rappgespann**, 2 dreijährige elegante Warmblutwallache, zweispännig gefahren. Danebst diverse Reit- und Fahrsportzubehör. Kutschercenter Eglisau,Toni Vogt, www.laubihof.ch, Telefon 044 867 08 08.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung!
Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
044 822 26 11.

Münzen (auch ganze Sammlungen oder Erbschaften), Silber- und Goldbarren, Altgold und Altsilber zu guten Preisen. Ch. Gäumann, Tel. 079 432 48 91.

Junge Schweizer Familie sucht **freistehendes Bauern- oder Einfamilienhaus** mit Umschwung im Zürcher Oberland. Tel. 076 571 14 04.

Bührer MS 12 oder 13, auch defektem Motor. Tel. 044 937 33 50.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

IMMOBILIEN

Verkaufe neue Ferienwohnungen in Losone TI, Teilminergiestandard: 2-Zi.-Wg., ab Fr. 285000.–; 3-Zi.-Wg., ab Fr. 450000.–; 3-Zi.-Attika-Wg., ab Fr. 750000.–. 079 402 89 49

GESUCHT IMMOBILIEN

Scheune oder Lagerhalle im Raum Frauenfeld bis Winterthur zum Einstellen von Anhängern, Höhe 4 m, Tel. 076 396 03 34.

Kleines Bauunternehmen sucht per sofort im Raum Winterthur **Scheune oder Grundstück** mit Parkplätzen. Tel. 079 588 17 23.

ZU VERMIETEN

Toskana-Ferien, www.casaricca.ch. Frühling, Sommer, Herbst, Vermietung, Tel. 076 284 47 28.

Per 1. Juli 2010 in Esslingen: **5,5-Zimmer-Hausteil** auf Bauernhof mit Pensionspferdehaltung, Miete inkl. Nebenkosten und 2 Autoabstellplätzen, Fr. 1880.– pro Monat, Tel. 052 386 16 56.

Per sofort oder nach Vereinbarung **Wohnungen** neu renov., in Zürich-Seebach, sonnig, gepflegte Umgebung, ÖV 2 min., gerne an Schweizer. 2-ZWG Fr. 1450 / 3-ZWG Fr. 1870.– inkl. NK. 044 840 31 31.

ZU MIETEN GESUCHT

Suche wegen Umbau **2,5-Zimmer-Wohnung** per 1. Juli oder nach Vereinbarung, Stadt Zürich, Hund erlaubt, Tel. 079 509 25 59. Novatec@gmx.ch

FREIZEIT/KONTAKTE

Fussreflexzonenmassage und Massage «Krankenkassen-anerkannt»: www.shui-spa.ch oder Shui Spa, Tel. 044 211 00 99, Augustinergasse 17, 8001 Zürich.

Flirten und Treffen. Jetzt neu und kostenlos! Ganz einfach: Sende deinem Wunschdate ein E-Mail oder gib seilber dein Profil auf und freue dich auf viele neue Kontakte.
Jetzt kostenlos registrieren auf: www.chdate.ch

ZH rüstiger Senior, 68, NR., schlank, naturliebend, sucht ehrliche **liebe Partnerin** für feste Beziehung. Hobbys: Garten, Velo fahren, Wandern, und Ski fahren, Tel. 076 366 40 41 (SMS).

Kräuterwanderung mit Salbenwerkstatt am Zürcher Rhein. www.herbanatura.ch

FREIZEIT

Suche guten **Reiter** für unsere FM-Stute, gerne pensionierter Mann. M. Theissl, Haldenstr. 1, 8474 Eschlikon ZH, Tel. 052 336 21 89.

Für Inserate
Tel. 044 722 77 76
Fax 044 720 10 78
inserate@zuercher-bote.ch

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik
- zu verkaufen
- zu verschenken
- zu kaufen gesucht
- zu vermieten
- Freizeit/Kontakte
-

Anzahl der Erscheinungen ____ mal
Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

DIENSTLEISTUNGEN

Immobilien- und Baudienstleistungen durch erfahrene, kompetente, praxisorientierte, eidg. dipl. Immobilien- und Baufachleute. Müllo Fassaden-Service AG, Im Tiergrten 47, 8047 Zürich, Tel. 044 451 38 10.

Buchhaltung KMU günstig dank Heimbüro, Profi-Software Abacus 2008.

Anfragen: christianpeter@hispeed.ch

Zu verkaufen / vermieten

Western-Dekoration

über 200 Westernsättel, Silbersporen, Bullpeitschen, Packtaschen, Revolver- und Winchester-Futterale, Steckbriefe, Handschellen, Indianerdecken, Fallen, Westernhüte, Lassos, Chaps, Longhorns, Bisonkopf, alte Wirthausschilder usw. Günstige Preise

☎ 056 633 44 82 – www.westernmuseum.ch

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 9. Juni 2010:**

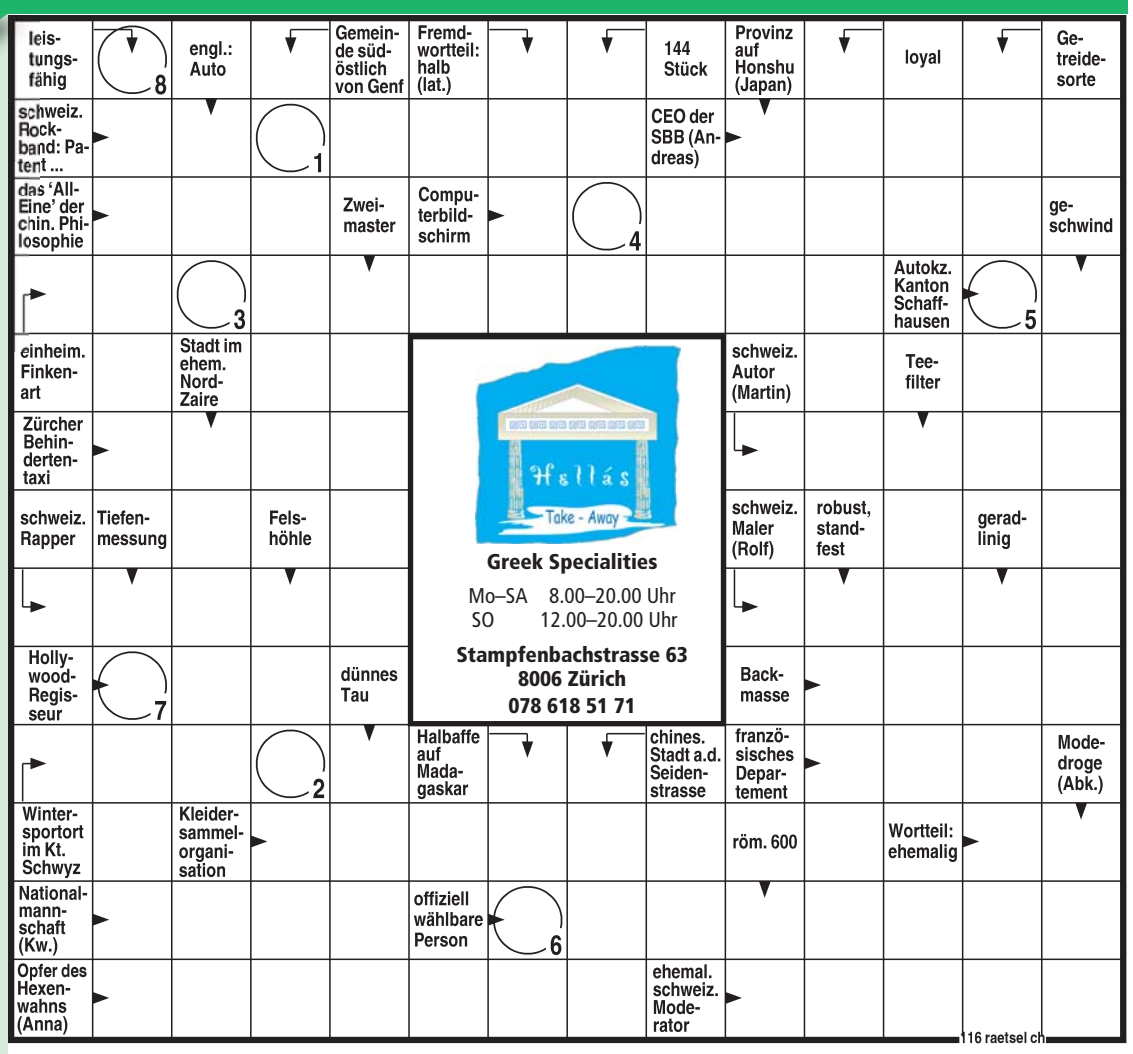
Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 19/2010
Lösungswort: Waldlauf

Gewinner: E. Wiedemann, Zürich

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8

Lösungswort Woche 22/2010

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 7. Juni 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden 1. Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenhaus, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4/5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass, Zwinglistrasse 7, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach / Eglisau
Samstag, 28. August 2010, ab 16.00 Uhr, bei Hansruedi Schneider, Alte Landstrasse 35, Eglisau (Moschtis Partyraum), SVP-Sommerplausch. Jedermann ist herzlich willkommen.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Samstag, 12. Juni 2010, 9.00–12.00 Uhr, vor der Gerichtshausapotheke, Dielsdorf, Standaktion (Unterschriftensammlung für die «Familieninitiative» und «Bundesrat vors Volk»), mit Unterstützung von Nationalrat Ernst Schibli.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Samstag, 12. Juni 2010, 11.00 Uhr, auf dem Hof der Famlie Dubs, Lehrbreite, Birmensdorf, traditioneller Buurebrunch mit musikalischer Unterhaltung. Bei jeder Witterung. Parkplätze beim Hof. Anmeldungen Freitag, 4. Juni 2010 unter info@svp-birmensdorf.ch oder 079 578 18 01 (Evelyne Schleuniger). Nähere Informationen unter www.svp-birmensdorf.ch.

Bezirk Hinwil, SVP Grüningen und JSVP Oberland-See
Donnerstag, 17. Juni 2010, 20.00 Uhr, Landgasthof Adler, Grüningen, öffentliche Sessionsveranstaltung «Aktuell aus Bern: Volksinitiativen prägen die Sommersession». Es referiert Narionalrat Hans Rutschmann, Rafz.

Stadt Zürich
Donnerstag, 24. Juni 2010, 19.30 Uhr, Restaurant Metropol, Fraumünsterstrasse 12, Zürich, Generalversammlung mit Gastreferat von Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz. Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Samstag, 5. Juni 2010, 9.00–12.00 Uhr, Migros Schmiede Wiedikon, Standaktion zu den Wahlen und Abstimmungen vom 13. Juni 2010.

Stadt Zürich / Kreis 7
Sonntag, 1. August 2010, 10.00–13.00 Uhr, beim Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, 1.-August-Fest mit Gastrednerin Nationalrätin Natalie Rickli. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Dienstag, 28. September 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Banken / Schweiz» mit Gastredner Roger Liebi, Präsident der SVP der Stadt Zürich und Nationalrat Alfred Heer, Präsident der SVP des Kantons Zürich. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Stadt Zürich / Kreis 9
Samstag, 5. Juni 2010, 9.00–11.30 Uhr, Lindenplatz, bei den Fahnenstangen, Standaktion zu Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2010.

Freitag, 9. Juli 2010, ab 18.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Grillplausch.

Dienstag, 7. September 2010, Ausflug / Besichtigung – Details folgen.

Donnerstag, 28. Oktober 2010, ab 18.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357 (beim Albisriederplatz), Zürich, Höck.

Freitag, 3. Dezember 2010, ab 19.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 5. Juni 2010, 10.00–12.00 Uhr, vor der Migros, Höngg, Standaktion mit Kaffee und Kuchen mit der Frauengruppe SVP Stadt Zürich.

Samstag, 28. August 2010, ab 16.00 Uhr, Armbrustschützenhaus Höngg, SVP-Sommer-Grill.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 5. Juni 2010, 9.00–12.00 Uhr, Marktplatz, Oerlikon, Standaktion zu Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2010.

Samstag, 12. Juni 2010, 9.00–12.00 Uhr, Marktplatz, Oerlikon, Standaktion zu Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2010.

Freitag, 18. Juni 2010, ab 18.30 Uhr, Blumen-Sue, Felsenrainstrasse 149, Zürich, Grill-Plausch mit Salaten, Bier, Wein, Mineral und Kuchen. ÖV: VBZ Busse 75 und 29, MIV: Parkplätze beim Friedhof Schwandenholz. Anmeldungen bis spätestens Montag, 14. Juni 2010 an svp.zh11@bluewin.ch oder SVP Zürich 11, Postfach 6506, 8050 Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Samstag, 5. Juni 2010, 9.00–12.00 Uhr, vor Migros, Schwamendingen, Standaktion zu Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2010.

Freitag, 25. Juni 2010, ab 18.00 Uhr, oberhalb Restaurant Ziegelhütte, Ende Hüttenkopfstrasse am Waldrand, traditioneller Grillabend (bei jeder Witterung). Die Kreispartei 12 freut sich, Sie bei dieser öffentlichen Veranstaltung begrüssen zu dürfen.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Samstag, 5. Juni 2010, 10.00–11.30 Uhr, vor der Migros, Höngg, Standaktion mit der Kreispartei 10. Weitere Daten (jeweils am Samstag): 3. Juli, 28. August und 11. September (Orte noch offen).

Donnerstag, 26. August 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 2. Mitgliederversammlung.

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Bezirk Winterhur
Dienstag, 29. Juni 2010, 19.30 Uhr, Hotel Wartmann, Rudolfstrasse 15, Winterthur (vis-à-vis Bahnhof-Parkhaus), öffentliche Veranstaltung zum Thema «Erbrecht – Tricks und Tipps». Erben ist etwas Schönes! Vererben aber auch! Dabei gibt es aber immer wieder Fragen und Unsicherheiten. Was ist vorzukehren beim Vererben und was sind die Auswirkungen beim Erben? Die beiden Winterthurer Rechtsanwälte lic.iur. Andreas Frei und lic.iur. Sylvia Frei, werden an diesem Abend die wichtigsten Facetten aufzeichnen. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen!

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 24. Juni 2010, 19.30 Uhr, (Türöffnung 19.00 Uhr), **Restaurant Frieden & Fisch, Schaffhauserstrasse 63, Oberohringen, Seuzach, Begrüssung durch Irene Minder, Vorstand SVP-Frauen Kanton Zürich,** öffentliche Veranstaltung «Eine sichere Zukunft für unsere Kinder – Wie schaffen wir sie?». Ursula Fehr, Gemeindepräsidentin Eglisau, nebenamtliche Bezirksrichterin, erzählt aus ihrem Buch «Der Schneckenfühler». Anschliessend Referat von Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer AUNS, www.auns.ch, Eglisau, zum Thema: «Sicherheit in der Schweiz». Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich und Sympathisanten sind herzlich willkommen. Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch http://www.svpfrauen.ch.

Donnerstag, 25. November 2010, 19.00 Uhr, Weihnachtsveranstaltung. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Weitere Details folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

4. SVP-Grümpelturnier
Samstag, 17. Juli 2010, ab 10.00 Uhr, Reitplatz, Winterthur-Töss, grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik, und vielem mehr! Kategorien: **Plausch Sie & Er** (6 Spieler, davon mindestens 2 Damen), **Männer** (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler). Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a. mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Capitain FC Nationalrat, Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport. Teilnahmegebühr: CHF 50.– pro Team. Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per E-Mail: merian@svp.ch. Auskünfte erteilt Jacqueline Merian (Telefon 031 300 58 58). Anmeldeschluss: Montag, 5. Juli 2010.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 6. Juni 2010, **1. Ausfahrt:** Stein am Rhein. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 4. Juli 2010, **2. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. August 2010, **3. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Höcks
Freitag, 4. Juni 2010, 19.30 Uhr, **2. Höck,** Gartenparty bei Straubinger's, Niederglatt.

Dienstag, 13. Juli 2010, 19.30 Uhr, **3. Höck,** Besenbeiz Lindenhof, Buchberg bei Eglisau.

Donnerstag, 5. August 2010, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Restaurant Blüemlisalp, Herrliberg.

Dienstag, 7. September 2010, 19.30 Uhr, **5. Höck,** Besenbeiz Sternen, Mettmenstetten.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 1. Oktober 2010, Ort noch offen.

Sommerreise
Samstag, 24. Juli 2010 bis Montag, 26. Juli 2010, Sommerreise ins Elsass.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 12. August 2010, 14.00 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee (weitere Angaben folgen).

Donnerstag, 2. Dezember 2010, 14.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Wollishofen, Chlaushöck (weitere Angaben folgen).

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Donnerstag, 24. Juni 2010
Restaurant Frieden & Fisch
Schaffhauserstrasse 63, Oberohringen
8472 Seuzach, www.friedenundfisch.ch

Eine sichere Zukunft für unsere Kinder – Wie schaffen wir sie?

19.00 Uhr Türöffnung
19.30 Uhr Begrüssung durch **Irene Minder**
Vorstand SVP Frauen Kanton Zürich

Ursula Fehr
Gemeindepräsidentin Eglisau, nebenamtliche Bezirksrichterin, erzählt aus ihrem Buch «Der Schneckenfühler»

Hans Fehr
Geschäftsführer AUNS zum Thema: Sicherheit für die Schweiz

Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich und Sympathisanten sind herzlich willkommen!

Organisation: SVP Frauen Kanton Zürich
www.svpfrauen.ch

Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch

Gestaltung: Karin Kuster-Hofer · tgc.ch

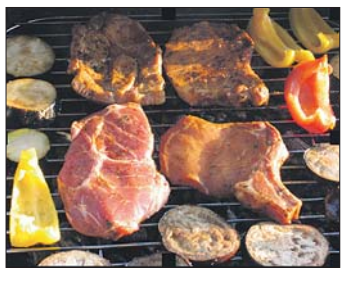
Grill-Plausch

der SVP Zürich 11

Freitag, 18. Juni 2010, ab 18.30 Uhr
Blumen-Sue, Felsenrainstrasse 149, 8052 Zürich

Grill, Salate, Bier, Wein, Mineral, Kuchen

Parteimitglieder SVP Zürich 11
Parteifreunde und Interessenten



Anmeldungen bis spätestens 14. Juni 2010 an:
svp.zh11@bluewin.ch
oder
SVP Zürich 11, Postfach 6506, 8050 Zürich

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes